B3

Arbeiter-Stimme

Einzelnummer 10 Pf.

301

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Bestellungen nehmen entgegen ★ Bezugspreis halbmonatlich bei Abholung 1 Mark (monatlich 2 Mark) durch die Post 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Bestellgeldzuschlag ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Scheffelstraße 3, I. Fernsprecher: 17 200. ★ Redaktion Dresden-A., Scheffelstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 3—4 Uhr. Sonnabends von 4—5 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 10 570 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 20 Goldpfennige für die einspaltige Nonpareillezeile, 10 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 20 Goldpfennige für die Reklamezeile, entsprechend den bekanntgegebenen Anzeigentarif ★ Anzeigen müssen vormittags bis 6 Uhr nachmittags erteilt werden.

1. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 4. August 1925 — Nummer 95

Das Kainszeichen der Lüge

Langsam zerreißt das dichte Lügengewebe, das die antibolschewistischen Soldknechte über das Land der Arbeiter und Bauern verbreitet haben. Die Furcht vor der Wahrheit, die Angst, die deutschen Arbeiter könnten nicht mehr an die Lügenhetze der sozialdemokratischen Presse glauben, und die allzu verständliche Sorge, daß die Arbeiter den Berichten ihrer Rußland-Delegierten mehr Glauben schenken als den Schmähartikeln der „Dresdner Volkszeitung", jagt die sozialdemokratischen Führer in tauselnd Artikeln. Immer deutlicher mehren sich die Zeichen, daß die breiten Massen ihrem ideologischen Einflusse entgleiten. Die harten Tatsachen ihres elenden Lebens zeigen den Arbeitern den Bankrott illusionärer Hoffnungen, die sie bisher noch an die deutsche Sozialdemokratie fesselten.

Die sich immer mehr verschlechternde Lage und die von Tag zu Tag sich steigernde Ausbeutung und Unterdrückung treibt die deutschen Arbeiter in ihrem Kampfe gegen die kapitalistischen Räuber an die Seite des siegreichen russischen Proletariats.

Die sozialdemokratische Führerclique ist sich darüber klar, daß, wenn die Proleten die Wahrheit über Rußland erfahren, sie den Verrätern im eigenen Lager den wohlverdienten Fußtritt versetzen werden. Das muß verhindert werden, dazu ist jedes Mittel recht.

Die am vergangenen Mittwoch in der „Arbeiterstimme" veröffentlichten Berichte der ostsächsischen Rußlanddelegierten haben in der Redaktion der „Dresdner Volkszeitung" wie eine Bombe eingeschlagen. Die Herrschaften am Wettiner Platz, die zunächst ein paar Tage ganz verblüfft waren, finden nun langsam die Sprache wieder und überkollern sich in einer wüsten Hetze gegen die Arbeiterdelegationen und gegen Sowjetrußland. Das, was sich die „Dresdner Volkszeitung" in dieser Beziehung in ihrer Sonnabendnummer leistet, übertrifft sogar die übrige bürgerliche Pressemeute.

Die Arbeiter sollen und dürfen die Wahrheit über Rußland nicht erfahren. Die Antibolschewistenhetze ist für sie bisher immer noch das beste Agitationsmittel für den in allen Fugen krachenden Parteikarren gewesen.

Deshalb hat man sich auch alle Mühe gegeben, die eigenen Parteigenossen von der Rußlandfahrt abzuhalten und allen Hindernissen springen lassen, die Delegationen zu sabotieren und zu verhindern.

Das ist nicht gelungen! Die sozialdemokratischen Arbeiter trauten ihren eigenen Führern nicht mehr über den Weg — sie wollten sich selbst überzeugen. In dem ehrlichen Bestreben, die Wahrheit über das Land der Arbeiter und Bauern zu erfahren und mit eigenen Augen die Lage ihrer Klassengenossen in Rußland kennenzulernen, haben sie sich den Zorn und die Wut ihrer sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteipäpste zugezogen.

In der Sonnabendnummer der „Dresdner Volksztg." veröffentlichen die Dresdner „Linken" zwei Artikel, die fast eine halbe Seite füllen und in denen mit den schäbigsten Mitteln verflucht wird, die Arbeiter gegen die Delegierten und gegen Sowjetrußland aufzuputschen. Das Tollste dabei leistet sich der radikale Phrasendrescher der alten USP., Arthur Crispien, in seinem Artikel „Rußlandreisen", aus dem wir unseren Lesern einige der größten Gemeinheiten nicht vorenthalten möchten. Crispien schreibt:

„Läge es der russischen Regierung wirklich daran, die wahren Zustände in ihrem Lande bekannt werden zu lassen, dann brauchten sie nur die Grenze zu öffnen, wenigstens für einen Verkehr, wie er gegenwärtig zwischen den Kulturstaaten besteht und den Einreisenden Bewegungsfreiheit gestatten. Die russische Regierung lade ihre Delegationen auf ihre Kosten nach Sowjetrußland kommen und dort von offiziellen Organen empfangen."

Daß die Sowjetregierung sich gegen die Pläne der deutschen und imperialistischen Konterrevolution, die sie in jahrelangen Kriegen niedergeschlagen hat, sichert, das werden die deutschen Arbeiter verstehen, und eben deshalb, weil die Russen den Weißbanditen nicht gestatten, die Konterrevolution zu organisieren, deshalb hetzt Crispien gegen den Staat der Arbeiter und Bauern, und lügt den Arbeitern vor, die russische Regierung habe kein Interesse daran, die wahren Zustände in ihrem Lande bekannt werden zu lassen. Nachdem er sich nun in breiter Form über seine Rußlandreise im Jahre 1920 ausläßt und dabei eine Gemeinheit auf die andere setzt, fährt er in seinem Antibolschewistenkoller fort:

Es kommt hier darauf an, festzustellen, **daß die Delegierten systematisch irregeführt werden sollten."**

Doch damit nicht genug. Die schlauen Russen haben nicht nur den großen Revolutionär, den klugen und weisen Arthur Crispien betrogen, nein, die Russen haben es sogar fertig gebracht, die englische Gewerkschaftsdelegation hinter das Licht zu führen, trotzdem diese drei Hilfskräfte zur Seite hatte, die der russischen Sprache mächtig und früher als diplomatische Beamte in Rußland lange Jahre tätig waren. Dreist und frech lügt Crispien:

„Der Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation sei das Interview mit den Sowjetbehörden",
sei Schreibtischarbeit und Material,
„das die Sowjetregierung schriftlich oder mündlich zur Verfügung gestellt habe".

Friedrich Adler, der wildgewordene Spießer und Vorsitzende der Zweiten Internationale, hat das „festgestellt". Arthur Crispien schreibt dazu:

„Wenn nun schon gewählte Vertreter der englischen Gewerkschaften ein solches Fiasko erleiden mußten und Reiseergebnisse vorzuspiegeln suchten, die ihnen in keiner Weise zugängig sein konnten, wie sollen nun erst Delegierte etwas Einwandfreies leisten können, die als Gäste der russischen Regierung ihre „Entdeckungsfahrt" unternahmen."

Mit anderen Worten, die Russen haben den flugen Arthur Crispien betrogen, die englischen Gewerkschaftler beschwindelt und sie werden erst recht die simplen deutschen Arbeiter hinters Licht führen. Daß die russische Regierung die konterrevolutionären Forderungen der russischen Menschewiki nicht erfüllt, ist für den Phraseur Crispien Ursache, am Schlusse seines Pamphlets auszurufen:

„Klassenbewußte Arbeiter dürfen ihre Würde nicht vergessen, ihre Ehre nicht preisgeben, um sich als Werkzeuge der russischen Regierung gegen ihre eigenen Klassengenossen mißbrauchen zu lassen."

Damit ist der Gipfel der Gemeinheit erklommen. Höher geht's fast nicht mehr. Nach der Meinung Crispiens vergeben sich die deutschen Arbeiter ihre Würde und ihre Ehre, wenn sie sich nicht von der Antibolschewistenhetze der ganzen sozialdemokratischen Pressemeute einfangen lassen, sondern trotzdem nach Rußland gehen, die Wahrheit zu sehen und der Wahrheit die Ehre geben. Nun, die Würde **und die Ehre dieser ehrlichen Proleten ist nicht die Ehre dieses Arbeiterverräters,** und wir sind überzeugt, die sozialdemokratischen Mitglieder der Rußlanddelegation werden, wenn sie zurückkehren, uns zustimmen, wenn wir sagen, daß die sozialdemokratischen Führer sich damit als die besten Stützen der Reaktion erwiesen haben.

Nachdem nun der „Rußlandreisende" Arthur Crispien in fast zwei Spalten gegen Sowjetrußland und die Arbeiterdelegationen gehetzt hat, wollen die armen Häscher der „Dresdner Volksztg." nicht zurückstehen. In einem Artikel „Rußland braucht Agenten" verspritzen auch sie ihr antibolschewistisches Gift. Die Mittwoch-Nummer der „Arbeiterstimme" hat es ihnen angetan. **Die Diskussionen der Arbeiter in den Betrieben über die Berichte ihrer Delegierten sind nicht ohne Wirkung geblieben.** Die „Volkszeitung" sucht zu retten, was zu retten ist. Es kommt ihr dabei gar nicht darauf an, zum so-und-so-vielten Male von **„schöngefärbten"** Berichten zu schreiben. Wider besseres Wissen lügen sie den Arbeitern vor, die Berichte aus Sowjetrußland entsprächen nicht der Wahrheit. Die Wirklichkeit in Rußland sähe ganz anders aus. Die „Volksztg." schreibt:

„Glaubt man denn ernsthaft an die Möglichkeit, in etwa 14 Tagen ein fremdes Land kennenzulernen, um in Deutschland die werbende Stimme für dieses Land zu erheben? Und was zeigt man den Delegierten außer den beiden Städten vom übrigen Rußland? Wird man die Delegierten nicht nur in Musterbetriebe führen, **sondern auch in jene Betriebe, wo das Elend in den Winkeln nistet? Wird man die Delegierten auch das Elend sehen lassen, das auch in Rußland mit seinen Hungersnöten vorhanden ist?"**

In diesem Tone geht es nun fast über eine halbe Seite fort. Die Absicht ist offensichtlich: die Arbeiter sollen irregeführt werden, und deshalb schreibt die „Volkszeitung" am Schlusse:

„Die Delegierten berichten, **ohne Rußland wirklich gesehen zu haben, sie wurden damit zu Agenten Rußlands, ohne die großen Schlagschatten sowjetrussischen Despotentums erkannt zu haben."**

Nun ist es klar — es konnte ja auch gar nicht anders sein. Wer wollte von der „Volkszeitung" etwas anderes erwarten. Die Arbeiterdelegierten, die in der Mehrzahl sozialdemokratische Parteimitglieder sind, werden von der „Volkszeitung" als „russische Agenten" bezeichnet, die sich als Werkzeuge für die teuflischen Pläne der Bolschewisten benutzen lassen!

In dieser neuen Hetze gegen die Rußlanddelegierten und Sowjetrußland kommt die ganze Sorge sozialdemokratischer Führer zum Ausdruck, die deutschen Arbeiter könnten das Lager der antibolschewistischen und kleinbürgerlichen Partei der SPD. verlassen und die rote Klassenfront herstellen. Mag die „Volkszeitung" noch recht oft in solchen Artikeln gegen ihre eigenen Parteigenossen und gegen Sowjetrußland toben, ihre Mühe ist vergebens! Die deutschen Arbeiter haben den ersten Schritt zur Einheitsfront getan, der zweite wird folgen. Das Bündnis des deutschen und russischen Proletariats wird die „Volksztg." mit ihrem Gekläff nicht aufhalten. Die rote Klassenfront marschiert trotz alledem!

Der Zollkampf im Deutschen Reichstag

Von Arthur Rosenberg (Berlin).

Die Luther-Regierung hat sich vorgenommen, noch in der Hochsommerhitze ihren Zolltarif im Reichstag durchzukämpfen. Der Reichstag soll nicht eher auseinander gehen, als bis die Zollvorlage erledigt ist. Die Zollvorlage Luthers soll die berühmte Zollgesetzgebung des Fürsten **Bülow** vom Jahre 1902 ersetzen, die in Deutschland immer noch geltendes Recht ist. Freilich hat die Reichsregierung seit 1922 eine Reihe von Einzelpositionen des Zolltarifes im Verordnungswege erhöht; diesmal sollen fast alle übrigen Positionen heraufgesetzt werden.

1902 hat die Arbeiterschaft unter Führung der Sozialdemokratie einen großen Abwehrkampf gegen den Zollwucher geführt. Es folgte die Reichstagswahl 1903 mit dem gewaltigen Sieg der Sozialdemokratie, der wesentlich auf die Empörung der Massen über den Zollwucher zurückzuführen war. Es ist bezeichnend für die Lage der deutschen Arbeiterschaft, daß sie jetzt wieder genötigt ist, einen Zollkampf zu führen. Das heißt, die deutsche Arbeiterschaft, die 1918, 1919, 1920, 1921 und noch 1923 um die politische Macht kämpfte, ist jetzt so weit zurückgedrängt worden, daß sie um einen Zolltarif ringen muß. Das Proletariat ist zurzeit nicht imstande, die Unternehmer zu enteignen, sondern es muß sein Stückchen Brot und sein Hemd gegen den Wucher verteidigen. Dabei ist es höchst zweifelhaft, ob die Abwehr Erfolg haben wird, denn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbureaukratie schreien zwar seit Monaten gegen die Zölle, aber sie tun nichts Ernsthaftes, um durch außenparlamentarischen Druck die Annahme des Zolltarifes zu verhindern. Immer wieder haben die Kommunisten den ADGB. aufgefordert, die Massenaktion der Werktätigen gegen den Zollwucher einzuleiten, aber bisher machte die Gewerkschaftsbureaukratie nichts, um diese Massenaktion durchzuführen. Die Verantwortung dafür, daß die Zollvorlage mit ihren ungeheuerlichen Verteuerungen der proletarischen Lebenshaltung Gesetz werden kann, trägt also durchaus die Sozialdemokratie, ganz gleich, wie die Sozialdemokraten sich bei den einzelnen parlamentarischen Abstimmungen verhalten.

Für die deutsche Bourgeoisie ist der Zolltarif von außerordentlicher Wichtigkeit. Das deutsche Unternehmertum fühlt sehr gut, in welch schwieriger Lage es sich wirtschaftlich befindet. So will man das folgende einfache Rezept anwenden: Die deutschen Kapitalisten wollen ihr eigenes Land mit hohen Zollmauern gegen die ausländische Konkurrenz abschließen, auf diese Weise ihre Monopolgewalt befestigen und die Preise ihrer Waren willkürlich, zum Schaden der Konsumenten, festsetzen. Zur selben Zeit wollen sie auf doppelte Weise sich wieder auf dem Weltmarkte durchsetzen. Entweder durch Dumping-Schleuderkonkurrenz, wobei der deutsche Verbraucher dieselbe Ware um so teurer zu bezahlen hat, je billiger sie im Ausland abgesetzt wird. Zweitens will das deutsche Unternehmertum, gestützt auf seine Kartelle und auf die Beherrschung des einheimischen Marktes, mit dem Ausland ebenfalls zu Kartellabmachungen gelangen.

In engster Verbindung mit dem neuen Zolltarif der Luther-Regierung stehen die Verhandlungen der deutschen und französischen Schwerindustrie zur Schaffung des Mitteleuropäischen Eisensyndikats. Zwar sind die langwierigen Verhandlungen zum Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages noch nicht zu einem Abschluß gelangt, sondern die Pariser Verhandlungen sind wiederum bis zum 15. September vertagt worden, aber zwei große Voraussetzungen für die deutsch-französische Wirtschaftseinigung sind bereits gegeben: Das private Abkommen der deutschen und französischen Eisenindustrie ist in Luxemburg unterzeichnet worden, und beide Regierungen haben sich über die Zollfrage des Saargebietes in einem besonderen Vertrag geeinigt; ebenso ist der deutsch-belgische Handelsvertrag fertig. Auf keinen Fall hätten die Belgier den Vertrag mit Deutschland unterschrieben, wenn sie nicht auch mit dem Zustandekommen der deutsch-französischen wirtschaftlichen Einigung gerechnet hätten.

Schon früher ist die Einigung der deutschen und französischen Kaliindustrie zustande gekommen; nun hat sich auch die Eisenindustrie geeinigt. Für die chemische Industrie ist das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich und Belgien zunächst durch die deutschen Reparationslieferungen geregelt; es fehlt eigentlich nur noch die friedlich recht schwierige Verständigung zwischen der deutschen und französischen, das heißt elsässischen Textilindustrie. Dann ist die Wirtschaftsverständigung zwischen den entscheidenden Teilen des deutschen und französischen Unternehmertums vollzogen auf der Grundlage des Schutzzolles im eigenen Lande, der Ausplünderung der Arbeiter und Konsumenten diesseits und jenseits des Rheins und der Aufteilung der übrigen europäischen Märkte untereinander. Wie soll sich aber der deutsch-französische Wirtschaftsverkehr selbst unter dem Schutzzollsystem vollziehen? Auch dafür hat man einen Ausweg. Deutschland nimmt eine bestimmte Menge französisches Eisen als Kontingent zu halbem Schutzzollsatz herein (1,7 Millionen Tonnen), dafür erklärt sich Frankreich mit dem deutschen Eisenzoll einverstanden.

Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg, der jetzt geführt wird, muß auch bald zu Ende gehen, wenn die deutsch-französische Wirtschaftseinigung vollzogen ist, denn Polen

SLUB
Wir führen Wissen.

ist nicht in der Lage, weder politisch noch wirtschaftlich etwas ohne Frankreich zu unternehmen.

Es sind also die weitestgehenden Wirtschaftspläne der deutschen Bourgeoisie, die mit dem Zolltarif der Luther-Regierung verbunden sind. Die deutsche Schwerindustrie begeistert sich neuerdings für einen europäischen Zollverein, das heißt eine großkapitalistische europäische Kartellierung unter französisch-deutscher Führung. Diese Pläne richten ihre Spitze gegen Sowjetrußland, aber auch gegen England. So erklärt es sich, daß die Freunde der einseitigen englischen Orientierung der deutschen Politik, an der Spitze Hilferding und die anderen SPD.-Größen, gegen diese Entwicklung Opposition machen. Es ist freilich nur eine zahme Opposition, vor der die Bourgeoisie keine Furcht hat. Die deutsche Schwerindustrie führt ihre Zollpläne rücksichtslos durch, ohne sich um Arbeiter und Mittelstand, ja sogar um die eigene Fertigindustrie zu kümmern; aber man ist doch genötigt, den Großagrariern ein Extratrinkgeld zu geben, damit sie mitmachen. So hat man die Industriezölle mit einem System von landwirtschaftlichen Zöllen verkoppelt und so die Belastung der werktätigen Massen noch schlimmer gemacht. Aber wenn auch der Getreidezoll zurzeit in Deutschland am meisten diskutiert wird, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Industriezölle das eigentliche Kernstück des ganzen Planes sind.

Die Verständigung des deutschen und französischen Großkapitals, wie sie mit Hilfe der lutherschen Vorlage möglich werden soll, kann und wird nur die Unterdrückung der werktätigen Massen Europas steigern. Wir Kommunisten bekämpfen den Zolltarif sowohl an sich, weil er die Lebenshaltung des Proletariats unerhört verschlechtert, als auch im Zusammenhang mit den internationalen Kartellplänen, weil sie die Gewalt der Hauptfeinde des europäischen Proletariats ungeheuerlich stärken müssen. Wir erklären den Massen des werktätigen Volkes in Deutschland, daß wirtschaftlich genau so wie politisch nur die Verständigung mit Rußland den Ausweg bedeutet, aber nicht die Kapitalistenverträge mit dem Westen.

Skandalöse Behandlung der ausgewiesenen Optanten

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung.) Zu den hanebüchenen Zuständen im Flüchtlingslager Schneidemühl wird eine halbamtliche Darstellung herausgegeben, **die im großen und ganzen die Zustände im Lager bestätigt. Danach schlafen die Flüchtlinge auf Holzpritschen, Strohsäcken und Strohlagern.** Im gleichen Atemzug wagt die halbamtliche Darstellung zu erklären, daß das Rote Kreuz Vorsorge getroffen hat, „den Aermsten in Schneidemühl einen einigermaßen würdigen Empfang und einen erträglichen Aufenthalt zu bieten"! In dem Bericht wird weiter erklärt, daß die Ausgewiesenen geduldig wären **und sich in langen Reihen anstellen, um ihr Reisegeld zu empfangen oder um Kaffee und Essen zu erhalten.** Der amtliche Preußische Pressedienst erklärt zu dem Skandal, daß das Schneidemühler Lager **ja nur ein Durchgangslager sei.**

Wie wir übrigens erfahren, müssen die Ausgewiesenen in preußischen Provinzen untergebracht werden, **da die anderen deutschen Länder die Aufnahme der Optanten abgelehnt haben.**

Dafür fängt die Einleitung zur Verfassung des Deutschen Reiches **auch an:** „Das deutsche Volk, **einig** in seinen Stämmen!"

•

Minister Severings nächtlicher Besuch.

Die bürgerliche Presse meldet: Sonntag abend kurz nach 11 Uhr traf der preußische Minister des Innern, Severing, in Begleitung von Ministerialrat Dr. Rathenau hier ein, um sich von der Unterbringung der Optanten im Durchgangslager zu überzeugen und Maßnahmen zu treffen, um die von allen Seiten so scharf angegriffene Desorganisation der Flüchtlingsaufnahme zu beseitigen.

Er betrat mit seiner Begleitung das in nächtlicher Ruhe daliegende Lager und ging nun langsam durch die riesigen Hallen, in denen die Flüchtlinge teils in Kojen abgetrennt, auf Holzpritschen, teils auf einer bloßen Strohschicht schliefen. Nur wenige bemerkten seine Anwesenheit, da fast alle im tiefen Schlaf der Erschöpfung lagen. Nur hier und da taumelte einer schlaftrunken auf und sah mit verständnislosen Augen die kleine Gruppe an. — Ein besonders furchtbares Bild boten etwa 500 vertriebene Männer, Frauen und Säuglinge, Alte und Kranke, junge Leute und Kinder, die auf einer dünnen Strohschicht fast übereinander lagen. Der vierte Teil dieser armen Lagerinsassen sind Kinder unter 14 Jahren.

Nach den Berichten der bürgerlichen Tagespresse war Severing von dem traurigen Eindruck „tief bewegt".

Gegenwärtig sind zirka 11 000 Flüchtlinge im Lager von Schneidemühl untergebracht. Die Zustände im Lager schreien geradezu zum Himmel. Die Kommunistische Reichstagsfraktion hat gegen die skandalöse Behandlung der aus Polen Ausgewiesenen folgende Interpellation eingebracht:

> In Schneidemühl treffen täglich Hunderte, mitunter mehrere Tausend aus Polen ausgewiesener deutscher Optanten ein. Die zur Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge getroffenen Maßnahmen sind absolut unzureichend. Viele hunderte deutscher Familien müssen in Güterwagen ohne Decken und Hilfsmittel kampieren. Die Flüchtlinge sind der größten Not ausgesetzt, und bereits sind unter ihnen Fälle von Ruhr und anderen Erkrankungen vorgekommen. Der Reichsregierung war es seit einem Jahr bekannt, daß die Ausweisung von 20 000 Deutschen aus Polen ab 1. August erfolgen konnte, und seit Wochen war es ihr bekannt, daß diese Ausweisungen geplant waren.
>
> Ist die Reichsregierung bereit, 1. allein oder in Gemeinschaft mit den Ländern unverzüglich Maßnahmen zur Linderung der Not unter den Flüchtlingen und zu einer menschenwürdigen Unterbringung zu treffen, 2. was gedenkt die Reichsregierung gegen die an der mangelhaften Unterbringung Schuldigen zu tun?

Blutiger Zusammenstoß mit Hakenkreuzlern

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Bei dem schwarz-weiß-roten Regimentstag in der Stadt Brandenburg hat es am Sonntag blutige Zusammenstöße zwischen dem Hakenkreuzler-Frontbann einerseits, den Roten Frontkämpfern und Reichsbannerleuten anderseits gegeben. Die Hakenkreuzler versuchten überall Provokationen und überfielen schließlich mit Lastautos das Volkshaus, wo sie verschiedene Republikaner blutig schlugen. In der Stadt gab es an verschiedenen Stellen Zusammenstöße mit Roten Frontkämpfern, die sich ihrer Haut ausgezeichnet zu wehren wußten.

Der „Montag" rühmt in seinem Bericht übrigens die „bewundernswerte Zurückhaltung" der Republikaner, die also ihre Prügel ziemlich passiv und ungern hingenommen zu haben scheinen. Die Polizei erschien erst auf republikanischen Hilferuf; der „Vorwärts" klagt jetzt darüber, daß sie vorher nirgends zu sehen war und den Hakenkreuzlern für jede Provokation und Bluttat das Feld frei ließ.

Sozialdemokraten für Graefs Polizeiterror

Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend nach 9 Uhr wurden im Reichstag die eingegangenen Beschwerden der Genossen Jadasch und Höllein sowie der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die Ausschlüsse ohne Aussprache, wie in der Geschäftsordnung bestimmt, entschieden.

Zuerst wurde über die Beschwerde des Genossen Jadasch abgestimmt. Dafür stimmten die Kommunisten, SPD. und die Mehrheit der Demokraten. Die Regierungsparteien stimmten geschlossen dagegen und sanktionierten somit den Hinauswurf.

Bei der Abstimmung über den Genossen Höllein stimmten nur die Kommunisten für die Rückgängigmachung des Ausschlusses. Die Sozialdemokraten stimmten unter Führung Hermann Müllers und Hilferdings mit der kapitalistischen Regierungsmehrheit gegen die Beschwerde des Genossen Höllein.

Als diese Abstimmung vorgenommen wurde, verließen zirka 20 Sozialdemokraten demonstrativ den Saal, da sie getreue Lakaienpolitik für die Steuerräuber, wie sie Hermann Müller, Breitscheid und Genossen durchführen, nicht mit voller Offenheit mitmachen wollen.

In der Abstimmung wurde der Antrag, das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den deutschnationalen Vizepräsidenten Graef auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt, nur die Kommunisten stimmten dafür.

•

Der Judaslohn für die Zentrumspfaffen

Berlin, 4. August. Reichskanzler Luther hat dem Zentrum und zwar dem rechtsstehenden Abgeordneten Gérard, dem Führer des rechten Flügels, das Reichsministerium für das besetzte Gebiet angeboten.

Mit der Erlangung des 3. Sitzes im Reichskabinett, den das Zentrum für seine Unterstützung des Zollwuchers erhält, gibt es damit zu erkennen, daß es dauernd parlamentarische Geschäfte mit der Rechten, statt dem famosen Linksblock, machen will. Seine bisherige Beteiligung am Luther-Kabinett, wenigstens seiner Erklärung nach, ist in der Form von Beobachtungsposten (?) gedacht. Mit der Annahme der 3. Lesung tritt man offen in den Rechtsblock ein.

•

Der „Vorwärts" billigt den Parlamentsterror

Berlin, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Mit einer beispiellosen Frivolität **billigt der sozialdemokratische „Vorwärts" den Hinauswurf der beiden kommunistischen Reichstagsabgeordneten Höllein und Jadasch mit Hilfe der Polizei aus dem Reichstag.** Er schreibt wörtlich und macht damit den deutschnationalen Vizepräsidenten gegen die Kommunisten scharf: **„Geschäftsordnungsmäßig war der Vizepräsident im Recht.** Hätte er einmal die Abgeordneten aus dem Saal gewiesen, wozu ihn die Art ihrer Rufe **berechtigte** ... dann trat die Ausschließung durch den Zwang der Geschäftsordnung automatisch ein. Weigerten sich die Abgeordneten, so bleibt nichts anderes übrig, als Vollzugsorgane der Staatsgewalt in Bewegung zu setzen." Der „Vorwärts" bringt es dann fertig zu schreiben, die kommunistischen Abgeordneten **hätten sich freiwillig ausgeschaltet,** seien „vorzeitig in Ferien gegangen", „davongelaufen" und hätten **„der geheimen Sehnsucht nach Erholung im Freien"** nachgegeben. Der sozialdemokratische „Vorwärts" befindet sich mit der Billigung der Polizeiaktion gegen die Kommunisten im Reichstag in der wunderbarsten Eintracht mit den scharfmacherischen deutschnationalen Zeitungen. Wie das „Berliner Tageblatt" mitzuteilen weiß, **finden innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion heftige Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und linken Flügel statt.** Es scheinen also doch nicht alle sozialdemokratischen Abgeordneten die Stirn zu haben, das Vorgehen des Fraktionsvorstandes und den rüpelhaften Ton des „Vorwärts" vor den SPD.-Arbeitern zu vertreten.

•

Die bürgerliche Presse zu den Polizeiaktionen

Berlin, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Zu dem Gewaltstreich des deutschnationalen Vizepräsidenten im Reichstag gegen die kommunistische Fraktion, zu der Terrorisierung der Genossen Jadasch und Höllein und zu der Haltung der Sozialdemokraten um Hermann Müller schrieb die „Frankfurter Zeitung":

> „Die Gerechtigkeit gebietet, auszusprechen, daß der Reichstag **dieses Verlangen** (nämlich nach einer neuen Sitzung des Aeltestenrates unter Anwesenheit unserer Genossen Jadasch und Rex) **ruhig hätte erfüllen können.** Wenn der Aeltestenrat sofort nach Zulassung der kommunistischen Vertreter dasselbe erneut getroffen und die Kommunisten hätten sich dann nicht über eine Zurücksetzung **beschweren können.** Dieser Ansicht war, soweit man von der Tribüne beobachten konnte, auch der Vertreter der Deutschnationalen im Aeltestenrat, der Abgeordnete Schultz-Bromberg, zu sein. Leider beschloß aber der Mehrheit des Hauses das Gegenteil, und **man versteht es,** daß auf den **Kommunisten die Ablehnung ihres Antrages auch durch den Sozialdemokraten Hermann Müller, dem sich dann die Fraktion anschloß, lebhaften Unwillen erzeugte."**

Man vergleiche mit der Aeußerung dieses bürgerlichen Blattes die gemeine Schreibweise des „Vorwärts" und der „Dresdner Volkszeitung", die in jeder Form das Vorgehen des deutschnationalen Präsidenten Graef und seiner Assistenten in Schutz nahmen gegen die Kommunisten decken.

•

Die Beratung der Amnestievorlage soll verhindert werden

Berlin, 4. August. **(Eig. Drahtbericht.)** Nach zuverlässigen Informationen **planen die Zollwucherparteien mit allen Mitteln durchzusetzen, daß die Steuer- und Zollvorlage bis spätestens Montag abend,** evtl. unter Zuhilfenahme einer Sonntagsitzung, **durchgepeitscht** wird.

Die 2. Lesung der Zollvorlage soll in 2—3 Sitzungen durchgeführt werden. Aussprachen und Abstimmungen sollen nach den Wünschen der Rechtsparteien en bloc, ohne Debatte über die einzelnen Zollgesetze, erfolgen. **Daher wird die Beratung der Amnestievorlage jetzt wahrscheinlich fallen gelassen werden. Mindestens werden** die Junker zur **Durchsetzung ihrer Wünsche Berlin verlassen** und so die **Beschlußunfähigkeit des Reichstages herbeiführen.** Sicher ist **bereits, daß die Zollvorlage, ob mit oder ohne eingehender Beratung, in dieser Session ohne die geringsten Kompromisse angenommen wird.**

Der Nachfolger Eichhorns

An Stelle des verstorbenen Genossen Emil Eichhorn tritt Genosse Karl Tiedt, Vorsitzender des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, in den Reichstag ein.

Für Maslow gibt es keine Amnestie

Berlin. Am Sonnabend hat der Staatsgerichtshof **einen von dem Reichsanwalt befürworteten Antrag der Verteidigung des Genossen Maslow, ihn aus der Haft zu entlassen, abgelehnt.** Der Antrag war gestützt auf die Amnestie, da die ihm zur Last gelegten „Straftaten" vor dem 1. Oktober 1923 begangen sind. Er war weiter begründet mit der **wachsenden Gefährdung** der Gesundheit des Genossen Maslow, der nun bereits **15 Monate in Untersuchungshaft** sitzt. Schließlich hat die Verteidigung zugesichert, daß Genosse Maslow an dem anberaumten Verhandlungstermin erscheinen wird und hat eine ausreichende Kaution für den Fall der Haftentlassung angeboten. Der Oberreichsanwalt Biedermaier, wahrhaft kein Kommunistenfreund, hatte sich diesen Gründen nicht verschließen können. Er hat den Antrag der Verteidigung befürwortet an den Staatsgerichtshof weitergegeben. Trotzdem erfolgte die Ablehnung, die einen neuen Auftakt der Amnestiekämpfe des Proletariats nach sich ziehen muß.

Die Bauunternehmerfront wankt immer mehr

Berlin, 4. August. Die Front der Bauunternehmer wankt immer mehr. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Berliner Unternehmer mußten **die Satzungen verschärft werden.** Die Festsetzung der Vertragsstrafen im Fall eines Verstoßes gegen die Verordnungsbeschlüsse **soll erweitert, die Strafen sollen verschärft werden.** Trotzdem kommen immer mehr Bauunternehmer, um um die Erlaubnis zur Arbeit zu bitten.

Neue Opfer bulgarischer Weißbanditen

Sofia, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Militärgericht in Sofia hat **zehn neue Todesurteile gegen Revolutionäre gefällt,** die durch den Strang zu vollziehen sind. Weiter wurde **ein Angeklagter zu lebenslänglichem Zuchthaus, fünf zu je zwölfeinhalb, sechs zu je einseinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.** Diese neuen Opfer des weißen Terrors wurden beschuldigt, bewaffnete Organisationen gebildet zu haben.

Das Land der Galgen wird nach wie vor von der Wirtschafts- und Finanzkrise erschüttert. Der Zar Boris hatte zur Behebung der Regierungskrise mit der Bestie Zankoff verschiedene Besprechungen, bei denen dieser selbst die Lage als **unhaltbar** bezeichnen mußte. Zankoff soll sich unter der Bedingung, daß sein Leben und das seiner ministeriellen Komplizen gesichert würde, zu seinem Rücktritt bereit erklärt haben. Darauf hat der Zar Boris einige Parteihäupter zu sich berufen, nämlich den Sozialdemokraten Paskalew, den Agrarierführer Turkalow, den Demokraten Malinow usw.

Mögen die Arbeiter in aller Welt sich dies Bild vor Augen halten: im Angesicht der Galgen, denen wieder zehn Arbeiter und Bauern zugeführt werden, bespricht sich der bulgarische Bluthund Boris mit dem Führer der sozialdemokratischen Partei über seinen Eintritt in die Terror-Regierung.

Syrien erhebt sich

Paris. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Wie jetzt bekannt wird, sieht der französische Imperialismus sich nach einiger Zeit auch in Syrien im Kampf mit aufständischen Kolonialsklaven. Die englischen Meldungen darüber machen es der französischen Regierung unmöglich, den tatsächlichen Aufstand und die militärischen Unterdrückungsmaßnahmen zu verheimlichen. Die Regierung hat die Wahrheit der von französischen Blättern übernommenen englischen Meldungen in einer eidlichen Erklärung bestätigt. Die Aufständischen stehen unter Führung des Sultans Atrasch. Die militärische Lage scheint für den in Franz.-Syrien kommandierenden General Sarrail bedrohlich.

Der gesamte Eisenbahn- und Straßen-Verkehr zwischen Damaskus und dem Aufstandsgebiet ist lahmgelegt.

Sarrail zieht Verstärkungen herbei. Flugzeuge bombardieren die Dörfer der Aufständischen.

Die imperialistische Presse ist beunruhigt [illegible] darauf, daß vor zwei Jahren eine militärische Macht [illegible] Monate brauchte, um einen Aufstand im [illegible] zuringen. Der französische Imperialismus [illegible] nur in Afrika, sondern auch in Asien. Seine [illegible] darauf hin, daß der Aufstand in Französisch [illegible] Vorgehen Abd el Krims ermutigt" sei. (Motiv [illegible]

Nach englischen Meldungen schweben [illegible] lungen mit Abd el Krim, der nach Tetuan zu [illegible] Delegierte entsandt haben soll. Gleichzeitig [illegible] bei den unter französischer Gewalt stehenden [illegible] und in der französischen Eingeborenenarmee [illegible] teilen, in denen erklärt ist, über den Frieden [illegible] führer nur verhandeln, wenn die Unabhängigkeit [illegible] zugestanden sei. Die Wortführer der französischen [illegible] schreien ihrerseits, mit Abd el Krim dürfe [illegible] werden, wenn der „Abenteurer" entscheidend geschlagen [illegible] „Abenteurer", von dem seit einiger Zeit behauptet wurde, er habe sich auf die Defensive beschränkt, zeigt diese [illegible] regelrechten Belagerungen und Erstürmungen [illegible] Stützpunkte und Posten und macht den etlichen [illegible] Marschallen derart zu schaffen, daß sie die längst angekündigte große Offensive wieder um drei Wochen verschieben mußten.

Bisher kein offizielles Friedensangebot an Abd el Krim?

Paris, 4. August. (Telunion.) Wie „Paris Soir" aus sicherer Quelle wissen will, sollen die Blättermeldungen, wonach Vertreter Abd el Krims sich zu General Primo de Rivera begeben und von diesem den Wortlaut des offiziellen Friedensangebots erhalten hätten, nicht den Tatsachen entsprechen. Die Gesandten Abd el Krims hätten mit Primo de Rivera nur allgemeine Besprechungen gehabt. Im Laufe dieser Unterhaltungen sei vielleicht nur über das französisch-spanische Friedensangebot gesprochen worden. Jedenfalls sei den Rifgesandten kein offizielles Kommunique übergeben worden.

Die neue Regierung in Portugal

Lissabon, 3. August. (Telunion.) Die neue Regierung ist am Sonntag von Domingos Terefra gebildet worden. Sie besteht aus gemäßigten Demokraten und Unabhängigen.

Dresden

Ein Reinfall

Die Dresdner Tante vom Wettiner Platz ist sehr fürsorglich in der Stellungnahme zu roten Kundgebungen. So hat sie gewiß schon Sonnabend vormittags eine Notiz über den Roten Tag in Leipzig geschrieben, die sie am Montag, nachdem der Kalender meldete, daß der Sonntag vorüber sei, prompt wiedergab. Diese Meldung ist nach dem glänzenden Verlauf des Roten Tages wirklich sehr heiter, wir wollen sie deshalb vollständig abdrucken, um unseren Lesern und besonders den Teilnehmern des Roten Tages die Lügenhaftigkeit der „Dresdner Volkszeitung" zu zeigen.

Eine Kundgebung ohne Massen. Die KPD. veranstaltete am Sonntag in Leipzig eine Antikriegskundgebung, in Wirklichkeit war es ein Roter Frontkämpfertag. Die KPD. rechnete mit einem Aufmarsch von Zehntausenden Arbeitern aus dem ganzen Reiche. Noch in letzter Stunde wurden ganze Haufen schwulstiger Flugblätter verteilt und auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft aufgefordert, sich an der Kundgebung zu beteiligen. In diesen Flugblättern wurde die Sozialdemokratie nach Leninschem Rezept aufs gehässigste verleumdet. Jedoch hat nichts geholfen: die Massen blieben aus, und selbst ihre eigenen Anhänger waren enttäuscht über den schlechten Besuch. Die Niederlage der KPD. ist schmählich zusammengebrochen. Das wird die Rubelpresse nicht hindern, in alle Welt hinauszuposaunen, welchen glänzenden Erfolg die Demonstration hatte. Die anrechten und ehrlichen Arbeiter waren diesem Rummel ferngeblieben, und das ist auch das beste."

Nach diesem Artikel „Eine Kundgebung ohne Massen" sei, nachdem unsere Leser in der Montagsausgabe der „Arbeiterstimme" den Bericht gelesen haben und ein großer Teil unserer Leser selbst in Leipzig war, der alten Tante vom Wettiner Platz ins Stammbuch geschrieben:

Euer Geschreibsel bleibt
ein dumm-frecher Arbeiterbetrug!

Die Reichsbahngesellschaft als Bahnbrecher der Hausagrarier

Von unserem Arbeiterkorrespondenten L. erhalten wir folgendes interessante Schreiben, das die Reichsbahngesellschaft gegen Quittung an seine Mieter versandt hat:

„Herrn . . . . . Dresden.

Da Sie in Ihrem Schreiben vom 28. d. M. sich mit der Zahlung der geforderten Friedensmiete für den ermieteten Laden unter den Hochgleisen ab 1. Oktober 1923 nicht einverstanden erklärten, wird Ihnen das Mietverhältnis hiermit für 1. Oktober gekündigt. Sie wollen den Laden Ende September der Bahnmeisterei geräumt und in ordnungsmäßigem Zustande übergeben.

Deutsche Reichsbahngesellschaft
Vorstand des Eisenbahnbauamtes Dresden-N.
gez. R. Heidrich, Reg.-Baurat."

Man muß hierzu schon sagen, die Reaktionäre der Reichsbahn brauchen sich vor den anderen Hausbesitzern nicht zu schämen, sie verstehen das Scharfmachen vortrefflich. Gesetze zählen für diese Vortruppe der Reaktion gar nichts. Weil der Betreffende sich weigert, ungesetzliche Forderungen zu erfüllen, kündigt man ungesetzlich. Eine derartige Provokation übersteigt tatsächlich alles bisher Dagewesene. Vielleicht erhofft der Herr Regierungsbaurat für diese Heldentat von der Dawesbahngesellschaft eine Gehaltsaufbesserung, die er jedoch zuvor aus den Ladenmietern herausholen will. Dieses Schreiben wäre wahrhaftig wert, an auffälliger Stelle in der Hausagrarierabteilung der Ausstellung „Wohnung und Siedlung" ausgestellt zu werden.

Gegen die Einführung einer Mindestabnahme für Gas

Die Stadt Dresden hat für den Gasverbrauch eine Mindestabnahme festgesetzt, die eine starke Belastung eines Teiles der Arbeiterschaft bedeutet. Die Stadt glaubt so Sparmaßnahmen zu ergreifen. Künftig soll jeder Gasabnehmer, selbst bei zeitweilig geringerem Verbrauch mindestens 1,5 Kubikmeter Gas pro Woche bezahlen, das heißt bei 10 Wochen gleich 15 Kubimeter à 17 Pfennige, das sind 2,55 Mark Mindestabnahme.

Dazu schreibt der Bund Deutscher Reichssteuerbeamten, Ortsgruppe Dresden, mit Recht eine Entgegnung, der wir folgende Auszüge entnehmen:

„Die Bekanntmachung des Rates zu Dresden, Betriebsamt, über die Einführung einer Mindestabnahme für Gas, dürfte in der Einwohnerschaft kaum mit allseitiger Zustimmung begrüßt werden. Man darf die Gasanstalten, Wasser- und Elektrizitätswerke nicht schlechthin als Industrieunternehmen behandeln, sondern muß neben den wirtschaftlichen Belangen der städtischen Betriebe auch daran denken, den Einwohnern — besonders den Minderbemittelten — die Wohltat eines möglichst billigen Bezuges ihrer Erzeugnisse dieser Werke zu sichern.

Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß bei vielen Kleinabnehmern von Gas die Neben- und Verwaltungskosten in ihrem Verhältnis zum Rechnungsbetrage eine derartige Höhe erreichen, daß die Abgabe von Gas keinen Gewinn mehr bedeutet. Es geht aber zweifellos zu weit, in allen diesen Fällen ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Kleinabnehmer eine Mindestabnahme von Gas vorzuschreiben. In den Sommermonaten wird zwar jeder Abnehmer gern vom Gaskocher Gebrauch machen. Man denke sich aber einmal in die Lage einer Beamten- oder Arbeiterfamilie in der kälteren Jahreszeit bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von etwa 130 Mark. Hier wird sich das Familienleben meist in dem einzigen geheizten Raume der Wohnküche, abspielen, und die Speisen werden mit Ausnahme des Morgenkaffees in der Regel im Ofen oder auf dem Herde, der ja auch den Raum erwärmt, gekocht werden müssen, um die Heizstoffe möglichst voll auszunutzen. Es wird also sehr häufig in diesen wirtschaftlich schwachen Haushaltungen während der Dauer der Heizperiode der vom Stadtrat festgesetzte Mindestverbrauch an Gas nicht erreicht werden, und wenn der Kassenbote mit der Rechnung vorspricht, wird der Familienvater mit Bestürzung bemerken, daß er mehr Gas bezahlen soll, als er verbraucht hat. Für seine Sparsamkeit wird er also noch Strafe zahlen müssen. Aehnliche Verhältnisse werden bei Einzelpersonen, zum Beispiel alleinstehenden Frauen eintreten, die tagsüber auf Arbeit sind und nur früh und abends ihren Gaskocher zur Herstellung eines erwärmenden Getränkes benutzen. Will man durch Ausschluß dieser wirtschaftlich Schwachen die Rentabilität des Gaswerkes steigern? Hier muß es einen Ausweg geben. Wer seinen Koch- oder Leuchtgasanschluß in der Regel überhaupt nicht benutzt, der mag auf ihn verzichten, aber seinen Opfersinn entrichten. Aber die höheren Verwaltungskosten für die kleinen Gasabnehmer aus den minderbemittelten Bevölkerungsschichten müssen die Gaswerke selbst tragen und gegen die prozentualen Mehreinnahmen bei Großabnehmern aufrechnen. Die Fürsorge für unsere weniger begüterten Bevölkerungsschichten gehört zu den Aufgaben der Stadt, und es wäre zu hoffen, daß die Bekanntmachung des Rates nochmals einer eingehenden Prüfung auf ihre Auswirkung auf die hier genannten Kreise unterzogen würde. Wenn man weiter daran denkt, daß infolge dieser neuen Sparmaßnahme viele Leute wieder zu dem alten feuergefährlichen Spiritus- und Petroleumkocher greifen werden, so bekommt die Angelegenheit noch eine andere, nicht minder ernste Seite."

Außerdem wollen wir noch darauf hinweisen, daß die dieses Jahr eingeführte Ausfertigung von zehnwöchigen Rechnungen für Lohnarbeiter mit wöchentlicher Lohnzahlung unhaltbar ist. Wie soll bei den heutigen Lebensverhältnissen, insbesondere bei den kargen Löhnen, der Arbeiter imstande sein, für 10 Wochen Geld für die Gasrechnung zurückzulegen. Es wäre dringend angebracht, auch da Abhilfe zu schaffen.

Aus dem Gerichtssaal

Dresden, 3. August. Verurteilung wegen Giftmordes. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatten sich die Brüder Otto und Hermann Heinze wegen Giftmordes bzw. Beihilfe dazu, begangen an dem unehelichen Kinde des Otto Heinze, zu verantworten. Das Gericht verurteilte Otto Heinze wegen Totschlages zu 10 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrenrechtsverlust. Hermann Heinze wurde von der Anklage der Beihilfe zum Morde freigesprochen.

Erweiterter Sonntagsrückfahrkartenverkehr. Neuerdings sind die nachstehenden Sonntagsrückfahrkarten 3. und 4. Wagenklasse eingeführt: von Dresden-Hauptbahnhof, Dresden-Neustadt und Dresden-Wettinerstraße nach Herrnhut über Löbau oder über Putzkau—Oberoderwitz, 3. Klasse 6,40 M., 4. Klasse 4,30 M.; nach Löbau (Sa.) 3. Klasse 5,40 M., 4. Klasse 4,30 M.; nach Löbau (Sa.) 3. Klasse 5,40 M., 4. Klasse 3,60 M.; Sohland über Putzkau, 3. Klasse 4,40 M., 4. Klasse 2,90 M.; nach Taubenheim (Spree) über Putzkau, 3. Klasse 4,60 M., 4. Klasse 3,10 M.; ferner von Freital-Deuben nach Altenberg (Erzgeb.) oder Frauenstein oder Hermsdorf-Rehefeld oder Kipsdorf, 3. Klasse 4,60 M., 4. Klasse 3 M.; nach Bischofswerda oder Pulsnitz, 3. Klasse 3,40 M., 4. Klasse 2,20 M.; nach Coswig (Sa.) oder Neucoswig oder Moritzburg-Eisenberg, 3. Klasse 1,90 M., 4. Kl. 1,30 M.; nach Flöha, 3. Klasse 4 M., 4. Klasse 2,60 M.; nach Köschenbroda, 3. Klasse 1,60 M., 4. Klasse 1,10 M.; nach Langebrück, 3. Klasse 1,60 M., 4. Klasse 1,10 M.; nach Radebeul, 3. Klasse 1,40 M., 4. Klasse 90 Pf.; von Freital-Potschappel nach Altenberg (Erzgeb.) oder Frauenstein oder Hermsdorf-Rehefeld oder Kipsdorf, 3. Klasse 4,70 M., 4. Klasse 3,10 M.; nach Bischofswerda oder Pulsnitz, 3. Klasse 3,20 M., 4. Klasse 2,20 M.; nach Coswig (Sa.) oder Neucoswig oder Moritzburg-Eisenberg, 3. Klasse 1,80 M., 4. Klasse 1,20 M.; nach Flöha, 3. Klasse 4,10 M., 4. Klasse 2,70 M.; nach Köschenbroda, 3. Klasse 1,40 M., 4. Klasse 1 M.; nach Langebrück, 3. Klasse 1,60 M., 4. Klasse 1,10 M.; nach Radebeul, 3. Klasse 1,20 M., 4. Klasse 80 Pf.

Der Ferienausschuß der Stadtverordneten, dessen Zusammentritt von mehreren Seiten beantragt worden war, tagt diesen Donnerstag abends 7 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Vorkommnisse im Krematorium.

Der Dresdner Volkschor veranstaltet jetzt diesjähriges **Strandfest** Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. August, im Pieschener Winkel. Mitwirkende: Kaufmann-Orchester, Dresdner Bläser-Quintett, Tanzgruppe Kaufmann-Gruisch (Staatsoper), der Volkschor, Verein für volkstümlichen Wassersport mit Bootsabteilung, Sportverein Hansa. Turnerschaft Gruschen. Die Elbufer werden an beiden Abenden illuminiert. Sonnabend großes Feuerwerk mit Beleuchtung der Lindenallee im Ostragehege. Programm 20 Pf., für beide Abende gültig.

Bei der Arbeit verunglückt ist am Sonnabend auf dem Hauptbahnhof ein auf der Frankenberger Strecke wohnhafter Oberzugschaffner. Der 60 Jahre alte Beamte zog sich Verletzungen zu, die seine Unterbringung im Krankenhaus nötig machten.

Ein bedrohlicher Brand brach am Sonnabend früh 3 Uhr in einer Tischlerei in der Schulstraße in Prohlis aus. Bei der Ankunft der Feuerwehr war durch Hausbewohner bereits ein einjähriges und ein zweijähriges Kind vor dem Erstickungstode gerettet worden. Ein 11jähriger Knabe und ein 13jähriges Mädchen retteten sich dadurch, daß sie aus dem oberen Stockwerk in einen Baum herunterisprangen. Eine 63jährige Frau wurde von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht. Bei den Rettungsarbeiten brach ein Feuerwehrmann im ersten Obergeschoß durch die Decke und stürzte in das Erdgeschoß, ohne verletzt zu werden. Durch das Feuer wurde größerer Materialschaden angerichtet.

Tätigkeit der Feuerwehr. Am Sonnabend wurde die Feuerwehr 9.49 Uhr vormittags nach Ajaxstraße 28 gerufen, wo in einer Küche des zweiten Obergeschosses übergekochte Milch starke Rauchentwicklung verursacht hatte. 1 Uhr nachmittags wurde nach dem Zelleschen Weg alarmiert. Hier war eine an der Straße liegende Feldscheune mit etwa einer Fuhre klaren Strohes vollständig in Brand geraten. Das Feuer wurde mit zwei Schlauchleitungen gelöscht. Der Brand ist auf Brandstiftung zurückzuführen. 1,47 Uhr nachmittags war Pillnitzer Straße 6 in einer Küche des zweiten Obergeschosses eine Spirituslasche beim Nachgießen von Spiritus in den brennenden Kocher explodiert, ohne besonderen Schaden anzurichten. 7,43 Uhr abends hatte sich Königsbrücker Straße 87 eine 27jährige Ehefrau eine Leuchtgasvergiftung zugezogen. Die mit dem Sauerstoffapparat angestellten Wiederbelebungsversuche hatten nach 50 Minuten Erfolg.

VOM TAGE

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Leipzig, 3. August. Bei der Vornahme von Dachreparaturen auf einem Grundstück am Königsplatz stürzte ein 17jähriger Klempnerlehrling vom Dach herab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Vom Zuge überfahren. Crimmitschau, 3. August. Der etwa 80 Jahre alte hier wohnende August Hertel stieg in Neumark auf einen Wagen vierter Klasse, der aber auf der Stirnseite keinen Eingang hatte. Hertel wollte zurückkehren und durch die Seitentür einsteigen. Aber schon setzte sich der Zug in Bewegung, H. stürzte ab und kam so unglücklich zu liegen, daß er durch das Trittbrett schwere Verletzungen erlitt, an deren Folgen er bald darauf verstarb.

Großfeuer in Nürnberg. Nürnberg, 3. August. Ein Großfeuer zerstörte am Sonnabend den größten Teil der Möbelfabrik Fuchs, der Kartonnagenfabrik Einer und der Pinselfabrik vom Stern. Menschenleben kamen nicht zu Schaden. Der Sachschaden ist sehr groß.

Schadenfeuer. Großweika, 3. August. Am Sonnabend früh brach im Wohnhaus des Grundstücksbesitzers Domschke, während dieser sich auf Arbeit befand, aus unbekannter Ursache Feuer aus, durch das das Haus vollständig eingeäschert wurde.

Blitzschläge. Gauda, 3. August. Am Sonnabend vormittag wurde in Voigtsdorf ein 40jähriger Knecht, der seinem scheu gewordenen Gespann nacheilen wollte, vom Blitz getroffen und sofort getötet. In Mulda schlug der Blitz in das Wirtschaftsgebäude von Paul Wolf. Das Wohnhaus wurde vollständig eingeäschert.

Explosionsunglück. Leipzig, 3. August. In der Werkstatt des Schlossermeisters Paul Ost in Teichwolframsdorf entstand durch Blitzschlag eine Benzinexplosion, durch die der Meister und sein Gehilfe schwere Brandwunden erlitten. Das Gebäude wurde schwer beschädigt.

Schweres Explosionsunglück auf einem Dampfer. Bukarest. Im Hafen von Konstanza hat sich an Bord des Dampfers Ingrid eine Explosion ereignet. 20 Personen wurden getötet.

Schweres Bootsunglück auf dem Züricher See. Basel. Infolge eines plötzlich ausbrechenden Sturmes ging am Sonntag auf dem Züricher See ein Segelboot mit 4 Personen unter. Bis zum Abend war es noch nicht möglich, sie zu bergen.

Erdstoß. Plauen, 3. August. Im oberen Vogtlande, namentlich in Falkenstein und Dorfstadt, wurde am Freitag abend 9,35 Uhr ein ziemlich heftiger Erdstoß verspürt.

Eine furchtbare Tat eines Irrsinnigen. Wie aus Neu-Sandez in Galizien berichtet wird, hat dort der Landwirtssohn Schwalt seinen Vater mit der Axt niedergehauen, ihm alsdann den Kopf abgeschlagen, die Arme und Beine abgesägt und dann die einzelnen Teile auf einem Scheiterhaufen verbrannt. Auf Befragen, warum er diese grausige Tat ausgeführt habe, antwortete der Mörder, der Vater hätte dies schon längst verdient. Anlaß zu dem Verbrechen sollen Erbschaftsstreitigkeiten gewesen sein.

Feuilleton

Ueber „Arbeitsphysiologie"

Physiologie ist die Lehre von den Verrichtungen, von den Funktionen der Lebewesen und ihrer Organe. Ein Teil dieser Lehre ist die Arbeitsphysiologie, d. h. die Lehre von der Arbeitsleistung des Organismus, und zwar insbesondere des menschlichen Organismus. Es ist natürlich jedem klar, daß diese Wissenschaft für die menschliche Gesellschaft eine der wichtigsten ist, da doch die menschliche Arbeitskraft die wichtigste Produktivkraft ist. Diese Wissenschaft ist auch für die kapitalistische Gesellschaft sehr wichtig, denn sie lehrt, wieviel Mehrwert aus dem Arbeiter herausgequetscht werden kann, ohne daß er dabei sofort zugrunde geht. Dementsprechend werden auch von dem Kapital solche Institute für Arbeitsphysiologie unterhalten (so z. B. in Berlin am sogenannten Kaiser-Wilhelm-Institut zur Förderung der Wissenschaften, das von der Schwerindustrie erhalten wird). Nun ist für die Wissenschaft in den „Kulturländern" charakteristisch, daß diese Institute noch kein einziges Ergebnis erzielt haben, aus dem folgen würde, daß eine tägliche Arbeitszeit existiere, die auch schädlich für den Organismus sein könnte. Man ließ in diesen Arbeiten nichts über Schädigungen durch körperliche Anstrengungen bei Arbeitern. Arbeiter werden in diesen Instituten überhaupt nicht untersucht, dagegen werden die Wirkungen der sportlichen Leistungen, besonders in Amerika und England, häufiger beobachtet. Auch erfährt man von diesen Wissenschaftlern die wunderlichsten Sachen, so z. B., daß der Schlaf scheinbar gar nicht notwendig ist. Denn nach einer Untersuchung eines solchen Wissenschaftlers an sich selbst fand er, daß das Nichtschlafen drei Nächte hindurch seine körperlichen und geistigen Leistungen in keiner Weise beeinträchtigte. Dann erfährt man von einem Herrn Professor, daß nach seinen Untersuchungen der geistige Arbeiter, also die Herren Professoren, in erster Linie mehr Fleischnahrung brauchen als die körperlichen Arbeiter. — So sieht die objektive Forschung auf dem Gebiete der Arbeitsphysiologie in den Kulturstaaten aus! Aber wie könnte sie auch anders sein? Und wenn diese Institute auch Resultate erzielen würden, die vernünftig sind, anwenden könnte man diese ja doch nicht, weil hier das Kapital mitredet. — So sehen wir in der Arbeitsphysiologie wieder ein Beispiel, wo das Kapital die Entwicklung der Wissenschaft scheinbar fördert, tatsächlich aber direkt hemmt. Zum Glück haben wir nun in Rußland auch schon Institute für Arbeitsphysiologie, denen nichts im Wege steht, mit den so wichtigen, richtigen Resultaten herauszurücken und die vorläufig nur in Rußland auch zur Anwendung in der Praxis kommen können.

Das „Rote Klondyke". Die „Dresdner Neuesten Nachrichten" melden: Gegen 1200 Goldgräber befinden sich jetzt bereits, nach den Berichten russischer Blätter, in dem „Roten Klondyke", den neuentdeckten Aldan-Goldfeldern in Sibirien. An dem Reichtum dieses neuen Goldlandes ist nicht zu zweifeln. Die bolschewistische Forschungskommission, die das Gebiet untersucht hat, schätzt den abbaubaren Goldreichtum des Aldan-Gebietes auf 400 Tonnen. Die Angelegenheit der Goldfelder und die Schwierigkeit der Proviantzufuhr macht aber eine wirksame Kontrolle der Sowjetregierung sehr schwierig. Der mittlere und wahrscheinlich reichste Teil des „Roten Klondyke" befindet sich im Tal des Tumten-Flusses, eines der vielen Nebenflüsse des Aldanflusses, der selbst wieder ein Nebenfluß des Lena ist. Das Gebiet ist etwa 500 Kilometer von Jakutsk entfernt und ungefähr dieselbe Strecke von dem nächsten Punkt der Amur-Eisenbahn. Im vergangenen Jahre fuhren von Jakutsk zwei Dampfer aus, um zu den Goldfeldern zu gelangen, und obwohl ein großer Teil der Nebenflüsse des Aldan, die sie befahren mußten, nie vorher durchschifft worden war, kamen sie doch glücklich an und landeten gegen 200 Tonnen Vorräte. Seitdem ist eine Verbindung durch Flugzeuge hergestellt worden; man hat kommunistische Verbände gegründet, eine Filiale der Staatsbank ist eröffnet, und der „Aldan-Gold-Trust" hat sich gebildet, um die Gewinnung zu organisieren. Dieser Goldtrust hat — wenigstens theoretisch — die wertvollsten Teile des Goldgebietes mit Beschlag belegt und verkauft Anteile an die Goldgräber. Diese müssen dem Trust je nach der Ergiebigkeit ihrer Stelle 10—40 Pfund Gold abliefern und dürfen dann für sich graben. Doch aller Goldstaub und Goldkörner, die gewonnen werden, müssen dem Trust überantwortet werden, der dafür in Sowjetmünze 56 Mark für die Unze (28 Gramm) zahlt. Niemand, der die Goldfelder verläßt, darf mehr als fünf Pfund Gold mit sich nehmen. Die Untersuchungskommission behauptet, daß der durchschnittliche Goldertrag, der von einem Mann auf einem Anteil gewonnen wird, zwischen 80 und 140 Gramm liegt, auf den ergiebigsten Stellen kann auch bis 400 Gramm gewonnen werden.

Volkshochschule. Die Teilnehmer der Wandergruppen Dr. Bäßler und Dr. Kurt Schumann fahren gemeinschaftlich am Sonntag, den 9. August, zur Morgenfeier des Vereins Volkshochschule Sachsen nach Meißen. Abfahrt: 5 Uhr 46 Min. Hauptbahnhof (5 Uhr 58 Min. Neustadt). Sonntagsfahrkarte Meißen.

Arbeiter-Radio-Klub Dresden. Mittwoch, 5. Aug., abends 7,30 Uhr, Versammlung im „Braunschweiger Hof", Freiberger Platz, Ecke Rotenstraße. Ing. Altendorf spricht über: „Allerlei aus dem Reiche der Wellen". Anschließend Bericht von der Chemnitzer Ausstellung des Arbeiter-Radio-Klubs. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Rundfunk

Mitteldeutsche Sender Dresden und Leipzig
Leipzig (Welle 454). — Dresden (Welle 292).

Mittwoch, den 5. August 1925.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Landeswetterwarte Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Zeitzeichen. 1 Uhr: Börsen- und Pressebericht. 4,30—5 Uhr: Märchennachmittag für Kinder. Moritz Springer liest Märchen, und die Rundfunkhauskapelle spielt entsprechende Weisen. 6,45—7 Uhr: Funkbastelstunde. 7—7,30 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): Dr. phil. Willy Tempel: „Insekten als Haustierschmarotzer". 7,30—8 Uhr: Vortrag (von Leipzig aus): Zum 75. Geburtstage Maupassants: Professor Dr. Georg Witkowski von der Leipziger Universität: „Maupassant". — Dresdner Programm für beide Wellen (454 und 292). 8,15 Uhr: Aus der Musik der Spätromantik. Robert Franz — Peter Cornelius." Mitwirkende: Else Schickedanz (Sopran), Ernst Schickedanz (Bariton). Am Klavier: Theodor Blumer.

304

Kämpft gegen den weißen Terror!

Die Niedertracht des Lanzuzki-Prozesses

Sinn und Zweck

Einen Prozeß gegen Lanzuzki hat die polnische Bourgeoisie verloren, den vor dem Schwurgericht in Przemysl. Aber sie will Lanzuzki unbedingt zur Strecke bringen. Zu diesem Zwecke hat sie 5 neue Anklageschriften gegen ihn verfaßt. 2 Prozesse werden vor dem Kreisgericht Warschau und einer vor dem Kreisgericht Lodz stattfinden.

Wir müssen vorweg nehmen, daß eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernpresse faktisch nicht mehr existiert. Die einzige Möglichkeit, zu den polnischen Arbeiter- und Bauernmassen zu sprechen, bot die Bühne des Sejm, die einzige Möglichkeit, die revolutionären Gedanken schriftlich zu verbreiten, bot die Veröffentlichung der im Sejm durch die kommunistische Fraktion eingebrachten Interpellationen.

Der Platz des Gen. Krokiewski ist schon leer. Die Ernennung seines Ersatzmannes wird vom Sejm sabotiert. Nun soll auch Lanzuzki erledigt werden.

Es handelt sich also

nicht um einen Kommunistenprozeß schlechthin

— deren gibt es in Polen wie in allen Ländern des weißen Terrors sehr viel — sondern darum, der revolutionären Bewegung in Polen den Kopf abzuschlagen. Durch das Urteil gegen Lanzuzki sollen die Urteile gegen die anderen kommunistischen Abgeordneten vorbereitet werden, falls sie es wagen sollten, ihre revolutionäre Pflicht zu tun.

Wer ist Lanzuzki?

Er ist 43 Jahre alt. — Seit seinem 14. Lebensjahre steht er in der Arbeiterbewegung. Seine ganze freie Zeit stellte er in den Dienst der Sozialistischen Organisation „Schila" (Kraft).

Mit dem 16. Lebensjahr war er Sozialist und nahm an allen Veranstaltungen der PPS. teil. Wegen seiner politischen Gesinnung wurde er als Lehrling von seinem Meister in der Eisenbahnwerkstätte ständig verfolgt.

1899 trat er zum ersten Male anläßlich eines Protestes gegen die Ermordung von 4 Proletariern öffentlich auf.

1904 (21jährig) wurde er zum Eisenbahnkongreß delegiert. 1905 nahm er bereits leitende Stellung in Streikkomitees und bei Meetings ein.

Infolge dieser revolutionären Tätigkeit mußte er im selben Jahre Galizien verlassen. Er begab sich nach Mährisch-Ostrau.

Dann wurde er Mitglied des Zentralkomitees der Eisenbahnergewerkschaft.

1914, zu Beginn des Völkermordens, lebte er in Prag. 1915 kehrte er nach Galizien zurück, wo er an verschiedenen Zeitungen gegen den Krieg arbeitete. 1918 leitete er einen Maschinenbauarbeiterstreik und mußte dann wegen drohender Verhaftung illegal leben.

Nach dem Sturz der Habsburger wurde er Mitglied des Stadtrats in Jaroslau, 1921 Abgeordneter des Sejms. Als solcher vollzog er seinen Austritt aus der verräterischen PPS. und seinen Uebertritt zur KPP.

Der Sejm liefert Lanzuzki aus.

Es geschah in der Sitzung vom 18. Dezember 1924. Schon Tage lang vorher war das Parlamentsgebäude von Agenten der Defensive umstellt. Lanzuzki kannte sein Schicksal. Trotzdem wohnte er der Sitzung bei und schleuderte der bürgerlich-sozialdemokratischen Meute seine Anklage und sein Bekenntnis ins Gesicht.

Einige Zitate aus seiner Rede:

1. „Ich bin der festen Ueberzeugung, daß ich in der ganzen Kammer keinen einzigen Freund habe, von rechts angefangen bis zu den Sozialdemokraten, außer meinen Fraktionsgenossen."

2. „Man klagt mich an wegen einer Rede, die ich am 11. November 1923 auf einem Meeting der Eisenbahnergewerkschaft in Przemysl gehalten habe . . . Nach diesen Ereignissen (Eisenbahnerstreik und Krakauer Aufstand) kam ich nach Przemysl, weil ich dort wohne. So nahm ich am Meeting der Eisenbahner teil. Ich hörte, wie der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft über die letzten Ereignisse referierte, und hielt es für nötig, den Arbeitern die Situation klarzulegen, den Kampf zu analysieren und aufzuzeigen, welche Fehler gemacht wurden, zugleich der Arbeiterschaft sagen, daß solche Fehler in Zukunft nicht wieder gemacht werden dürfen. Ich habe darauf hingewiesen, wenn die Kapitalisten im ganzen Lande einheitlich vorgehen, die Arbeiter natürlich nur in einheitlicher Front den Sieg erringen können."

3. „Ich denke nicht daran, mich hier zu verteidigen, denn ich weiß, daß ich es mit einer krassen Klassenrache zu tun habe. Wir wissen, daß eine kleine Gruppe aus Angst vor der Arbeiterschaft gegen meine Auslieferung stimmen wird, weil eine absolute Mehrheit vorhanden ist."

4. „Als ich im Jahre 1921 zum ersten Male im Sejm in der Sache der Amnestie für die politischen Gefangenen auftrat, sagte ich: ‚Die Idee des Kommunismus wächst immer stärker und mächtiger.' Ihr werdet nicht imstande sein, dieser Idee zu widerstehen. Ihr werdet nicht lösen können die Fragen, die aus der kapitalistischen Gesellschaft herausfließen. Ihr werdet nicht eindämmen können die Stimme des Proletariats. Ihr werdet nicht befriedigen können die Bedürfnisse der Millionen in Polen. Das wird euer Grab sein. Ich spreche höchstwahrscheinlich das letztemal in diesem Sejm. Deshalb wiederhole ich mit derselben Kraft und Entschiedenheit: Der Kommunismus wird euch besiegen. (Tumult. Die Worte Lanzuzkis gehen verloren. Einige Worte sind noch verständlich): Es lebe der Kommunismus!" (Tumult.)

Die Abstimmung ergibt:

Ausgeliefert.

Das internationale Proletariat hat schon einmal Lanzuzki gerettet, als er vor dem Schwurgericht in Przemysl stand.

Die Gefahr, die ihm jetzt droht, ist ungleich größer. Das Proletariat muß also in einer machtvollen Kampagne aufs neue mobilisiert werden, um den aufrechten, furchtlosen Revolutionär seinen Henkern zu entreißen. Alle Betriebe und Gewerkschaften müssen an das Konsulat der polnischen Regierung Protesttelegramme senden. Die polnischen Gewalthaber sollen sehen, daß die deutsche Arbeiterschaft mit größter Aufmerksamkeit und brüderlicher Teilnahme den Kampf der Arbeiter und Bauern Polens, die nichts mit den niederträchtigen Schandtaten ihrer Regierung zu tun haben wollen, verfolgt, und daß sie mit schärfster Empörung die Terrormaßnahmen brandmarkt. Die Forderung auch der deutschen Arbeiter ist:

Sofortige Freilassung Lanzuzkis!

Die Adressen für die Protestschreiben lauten:

1. Polnisches Konsulat in Berlin, Kurfürstenstraße 137.

2. Sejm-Fraktion der Kommunistischen Partei Polens, Warszawa.

3. Stanislaus Lanzuzki, Polet na Sejm, Warszawa, Wierzienie Mokotoski.

Deutsche Arbeiter, erfüllt eure Pflicht!

Rettet Lanzuzki!!!

Die Anzahl der politischen Gefangenen in den kapitalistischen Ländern und ihren Kolonien beträgt:

Deutschland	7 000
Polen	6 000
Italien	6 000
Bulgarien	4 000
Jugoslawien	3 000
Rumänien	1 600
Baltische Länder	3 000
Spanien	800
Griechenland	300
In den okkupierten Ländern	7 000
In Indien	15 000
Auf Java	2 000
In Korea	43 000
Insgesamt politische Gefangene	100 000

Zum internationalen Gefängniskongreß

Von Nikolaus Pjatt, Moskau.

In London tagt vom 4.—10. August dieses Jahres der 9. internationale Gefängniskongreß. Der ganze Apparat der kapitalistischen Justizguillotine findet sich bei dieser Gelegenheit in den Sälen des „Imperial Institut" zusammen: Die Vertreter der Bourgeoisieregierungen, die prominenten Klassenrichter, die „höheren" Beamten der Justiz-, Polizei- und Außenministerien — d. h. die besoldeten Exekutoren der Weltreaktion; die Mitglieder des „Institut de France" und der Akademien der einzelnen Staaten, die ordentlichen und außerordentlichen Professoren, Privatdozenten und Assistenten der Universitäten und Fakultäten, die Leuchten der „Wissenschaft", die durch ihre Arbeiten über Strafrecht und Gefängniswesen „berühmt" geworden sind, nicht zu vergessen die „Volksvertreter", die Parlamentarier — das ist der Chorus von Intellektuellen, die in Paragraphen und Kommentaren die juristische und moralische Grundlage des weißen Terrors und der Klassenjustiz liefern.

13 Diskussionsfragen sind aufgeworfen, lauter Glanzstücke scholastischer Spitzfindigkeit. Von allem möglichen werden sie reden — eine Woche lang. Aber über eine Frage, auf die das Proletariat unbedingt eine Antwort haben muß, so oder so, schweigen sie beharrlich: Ueber Klassenjustiz und politische Gefangene.

Sie haben allen Grund dazu, denn sie müßten über ihre eigenen Verbrechen zu Gericht sitzen.

Aus den Gittern ihrer Kasematten werden ihnen die geballten, abgezehrten Fäuste der Tausende von Revolutionären entgegenstarren, die sie in die Folterkammern der modernen Inquisition geworfen haben, um sie an Leib und Seele zugrunde zu richten, und durch den Abschaum der Menschheit buchstäblich zu Tode quälen zu lassen.

In schier endlosen Legionen würden an ihnen vorüberziehen die gramzerfurchten, abgehärmten Proletarierfrauen mit ihren hungernden Kindern, denen sie die Männer, die Väter, die Brüder, die Ernährer, die Beschützer genommen haben.

Auftun würden sich vor ihren Augen die ungezählten Gräber der proletarischen Freiheitskämpfer, die unter dem Schutze ihres „Rechts" von den Noske in Deutschland, von den Grabski in Polen, von den Bratianu in Rumänien, von den Jantoff in Bulgarien, von den Mussolini in Italien, vor Primo de Rivera in Spanien, von den englischen Lords in Indien und Aegypten — von den Galliffets aller Länder hingeschlachtet wurden.

Deshalb bleiben sie stumm. Aber, wenn sie schweigen, müssen wir reden.

Die Feinde des Proletariats — ob mit oder ohne „demokratische" Maske — die in London akademische Diskussion pflegen werden, sind dieselben, die allenthalben durch den weißen Tod, durch die Justizmaschine und durch ein verruchtes Gefängnisregime den Revolutionären das Rückgrat brechen und das Proletariat zermürben und vernichten wollen.

Aus dem Henkerkongreß müssen die revolutionären Arbeiter und Bauern aufs neue und endlich die Notwendigkeit ihres internationalen Zusammenschlusses erkennen. Durch keine Phrase dürfen sie sich irre führen lassen. Die in London versammelten Henker des Proletariats werden sich hinter heuchlerische Ausflüchte verstecken und erklären, sie hätten sich nur mit den „Kriminellen" zu beschäftigen. Demgemäß stellen wir fest: es gibt nicht zwei verschiedene Kategorien von Juristen für Kriminelle und Politische, sondern nur Juristen schlechthin, und die Geschichte der letzten Jahre zeigt deutlich genug, daß in den meisten Ländern die politischen Gefangenen niederträchtiger behandelt werden als die kriminellen. Damit, daß der Gefängniskongreß ablehnt, über dies Kapitel zu sprechen, legt er ein stummes Bekenntnis ab, daß er alle Schandtaten des weißen Terrors und der modernen Inquisition bis heute und auch für die Zukunft deckt. Und wenn auch lebensfremde und betrügerische Demokraten und Pazifisten, die bei jeder Gelegenheit an „Recht und Weltgewissen" appellieren, an der gelehrten Unterhaltung in London teilnehmen, so kann das an unserem Urteil absolut nichts ändern.

Rechtsfragen sind in der Klassengesellschaft Machtfragen. Je mehr die rote Flut wächst, je gewaltiger sich der Riese Proletariat reckt, je näher die Gefahr der proletarischen Revolution rückt, desto brutaler, desto rücksichtsloser wird die Bourgeoisie wüten.

Da hilft kein Bitten und Flennen, da hilft kein noch so schöner Glaube an „Recht und Weltgewissen", da hilft nur die organisierte Kraft des Proletariats.

Die Internationale Rote Hilfe sammelt unter ihrem Banner die klassenbewußten Werktätigen aller Länder zur Tat der Tat, um denen, die ihre revolutionäre Hingabe mit dem Verlust von Freiheit, Gut und Blut besiegelten, mit Rat und Tat, Frauen und Kindern zur Seite stehen zu können. Anders kann die teuflische Absicht der Ausbeuterpeitsche, die rote Klassenfront durch Hunger, Blut und Verrat zu zersplittern, vereitelt und der Kampfwille und die Kampfkraft des um Freiheit und Brot ringenden Proletariats erhalten und gesteigert werden.

Der internationalen Front der Bourgeoisie, die in den Augusttagen in London wieder einmal in Erscheinung tritt, muß die internationale Front des Proletariats gegengestellt werden. Ob das die Ausgebeuteten und Geknechteten endlich voll und ganz begreifen?

Für Ehrhardt und Lüttwitz Amnestie — kommunistische Führer werden schuldlos in Haft behalten!

Heraus mit Maslow!

Die Hindenburg-Amnestie ist eine Begünstigung aller rechtsradikalen Staatsverbrecher. Ohne jeden Skrupel will die Luther-Regierung die Landesverräter Lüttwitz und Ehrhardt außer Verfolgung setzen. Diese monarchistischen Offiziere — Kapp, Jagow, Lüttwitz, Ehrhardt, Roßbach ist der dritte im Bunde — waren es, die nicht nur in planmäßiger Minierarbeit den Bestand der Republik untergraben haben, sondern in offenen monarchistischen Aktionen und in bewaffneten Kämpfen gegen die Republik die wilhelminische Staatsform in Deutschland wieder errichten wollten. Trotzdem diesen monarchistischen Konterrevolutionären ihre führende Beteiligung am Kapp-Putsch, am Hitler-Putsch und den bewaffneten Aufmärschen an der thüringisch-sächsisch-bayerischen Grenze im Herbst 1923 nachgewiesen sind; trotzdem es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß sie die faschistischen Bürgermorde vorbereitet, sogar tatkräftig unterstützt haben, waren sie bisher für die politische Polizei und die Justiz „unauffindbar"! Jetzt sollen sie durch die Hindenburg-Amnestie jeder strafrechtlichen Verfolgung entzogen und ihre illegalen Bestrebungen für einen konterrevolutionären Umsturz sollen legalisiert werden.

Es ist bezeichnend, daß die gesamten bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen das Zentrum, trotz ihrer Rechtsamnestie zustimmen.

Die Oeffentlichkeit weiß aber, daß alle diese Helfershelfer, die die Abwehrkampfe gegen die Ehrhardt, Lüttwitz und Roßbach inszenierten und putsche unterstützt haben, und deswegen der Klassenjustiz auf lange Jahre hinaus in die Zuchthäuser geworfen sind, nicht in Freiheit kommen. Ja, die Regierung arbeitet sogar mit Hochdruck daran, noch viele Hunderte von Oktoberereignissen 1923 reinkulpierende politische Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter zum Abschluß zu bringen und sie wegen angeblichen Hochverrats trotz oder gerade wegen der Scheinamnestie in Kerker zu werfen. Bei dem allergrößten Teil der angeklagten Proletarier kann sich die Klassenjustiz nur auf ihr eigenes Spitzelmaterial stützen. In Hunderten von Fällen befinden sich kommunistische Funktionäre seit Jahr und Tag in Untersuchungshaft, trotzdem einwandfrei feststeht, daß ihnen zur Last gelegten Straftaten weder beabsichtigt noch durchgeführt worden sind.

Besonders kraß liegt der Fall des Genossen Maslow. Maslow befindet sich seit 15 Monaten in Moabiter Untersuchungshaft. Mit welcher Willkürlichkeit das Verfahren gegen Maslow eingeleitet und von dem berüchtigten Untersuchungsrichter Vogt durchgeführt wird, beweist folgendes:

Die erhobene Anklage lautet auf Hochverrat, der von Maslow im Herbst 1923 begangen sein soll. Die beispiellose Willkürlichkeit dieser Anschuldigung geht aber daraus hervor, daß Maslow nachweisbar vom September 1923 bis Ende Februar 1924 überhaupt nicht in Deutschland war, sondern sich in Moskau aufgehalten hat. Dieser Umstand ist der Anklagebehörde bekannt, aber trotzdem bleibt Maslow weiter in Haft. Der Prozeß wegen der Oktoberereignisse soll ihm vor dem Reichsgerichtshof gemacht werden.

Der Skandal wird aber auf die Spitze getrieben durch eine neue Anklage, die gegen Maslow erhoben wird, weil er im Gefängnis eine Broschüre über die russische Revolution geschrieben hat. Wegen dieser Broschüre, die

vom Gericht durchgelesen, zensiert und zum Abdruck freigegeben wurde,

wird von demselben Gericht die Anklage wegen Hochverrats erhoben! Höher geht's wirklich nicht mehr! Das Gericht klagt sich offenbar selbst der Beihilfe zum Hochverrat an.

Es steht also fest, daß den Anschuldigungen gegen Maslow überhaupt kein konkretes Tatsachenmaterial zugrunde liegt. Trotzdem hält man die Anklage aufrecht und verlangt, daß mit verschiedenen Artikeln und Thesen über parteitaktische Fragen zu bemänteln. Aber selbst wenn man diese Thesen und Artikel, die vor dem 1. Oktober 1923 verfaßt wurden, Maslow in die Schuhe schieben will, so müßte auf Grund der Hindenburg-Amnestie, die ja alle schwebenden Verfahren vor dem 1. Oktober 1923 niederschlagen will, das Verfahren gegen Maslow sofort niedergeschlagen werden.

Es ist Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft, den schärfsten Kampf gegen den Amnestieschwindel zu führen und mit der größten Entschiedenheit für die sofortige Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen und der seit vielen Monaten in Untersuchungshaft befindlichen Untersuchungsgefangenen einzutreten.

Jahrgang 5 Nummer 12 Der Kommunistische Gewerkschafter Nr. 12

Gewerkschaftstaktik und Wirtschaftslage

Zum bevorstehenden Gewerkschaftskongreß

Nirgends sind für uns allgemeine inhaltlose Phrasen gefährlicher als in der Gewerkschaftsarbeit, die gegenwärtig unser wichtigstes Tätigkeitsfeld darstellt. Je konkreter und schlagender das Beweismaterial ist, mit dem unsere Funktionäre und tätigen Genossen in den Verbänden arbeiten, um so leichter werden wir an Einfluß und Ansehen gewinnen.

Unser Angriff gegen die reformistische Bureaukratie wird von zwei Seiten geführt: einmal gegen ihre Abhängigkeit von der kleinbürgerlichen SPD., also von der politischen Seite, und dann gegen ihre verknöcherte, unter den heutigen Verhältnissen absolut untaugliche Taktik, die der Arbeiter von einer Niederlage in die andere stürzt. Und hier liegt der enge Zusammenhang mit unserer Beurteilung der wirtschaftlichen Tendenzen.

Die SPD.-Gewerkschaftsbureaukratie sucht in erster Linie jeden Kampf aus dem Wege zu gehen, „um die Massen zu schonen"; ist aber der Ausbruch durchaus nicht zu vermeiden, so ist sie nach allen Kräften bestrebt, ihn zu lokalisieren, seine Ausdehnung zu vermeiden, „um den anderen Arbeitern Opfer zu ersparen". Wir vertreten dagegen eine völlig andere Auffassung. Wenn wir auch keine Streikhetze sind und bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit Streik, Streik rufen, wenn wir auch auf keinen Fall die Führung örtlich und branchenmäßig begrenzter Kämpfe ablehnen, so hat uns die Erfahrung gezeigt und jeder Tag beweist es uns von neuem, daß heute **nur eine völlige Aenderung der Gewerkschaftstaktik dem Proletariat Erfolge bringen kann!** Es muß bei der Gewerkschaftsleitung die Absicht vorhanden sein, wenn es die Lage erlaubt, **jeden Kampf auf möglichst breite Arbeiterschichten auszudehnen.**

Der Beweis für die Richtigkeit unserer Taktik ist: Solange die Gewerkschaften die Unternehmer durch die Lokalisierung der Kämpfe unterstützen, fällt es dem Ausbeutertum, das durch seine Verbände zusammengefaßt ist, kinderleicht, durch gemeinsames Vorgehen die isolierten Aktionen um jeden nennenswerten Erfolg zu bringen. Bei dem heutigen Verhalten der Gewerkschaften ist jeder Konflikt einem Kampf vergleichbar, bei dem der Gegner (der Unternehmer) von vornherein alle Maßnahmen des anderen Teiles kennt. Erst wenn der Kapitalist fürchten muß, daß jede durch ihn heraufbeschworene Aktion zur Auslösung breiter Massenkämpfe führen kann, wird er leichter bereit sein, durch große Zugeständnisse in den Verhandlungen Zuspitzungen zu vermeiden und wenn es doch zu einem Kampfe gekommen ist, wird er auch unter schweren Opfern Frieden schließen wollen, wenn er immer gewärtig sein muß, daß eine Verbreiterung der Bewegung eintreten kann, die seine Aussichten weiter verschlechtert.

Für die Richtigkeit unserer Gewerkschaftstaktik und für die Richtigkeit unserer politischen Beweisführung liefern uns aber die wirtschaftlichen Tatsachen jeden Tag neue Beweise. In Deutschland ist eine große Menge fremden Kapitals angelegt, für das jedes Jahr große Zinssummen an das Ausland gezahlt werden müssen. Ferner besteht eine große Verschuldung Deutschlands an das Ententekapital durch Zahlungen aus dem Dawesplan. Die Unternehmer versuchen u. a. diese Lasten dadurch auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, daß sie die Reallöhne kürzen. Hierzu ist nicht einmal ein Abbau der Löhne nötig. Es genügt schon, wenn die Lebensmittelpreise schneller steigen als die Löhne. Diese Erscheinung beobachten wir gerade im gegenwärtigen Augenblick. In ganz Deutschland geht das Unternehmertum zum Angriff auf die Reallöhne vor, unterstützt von einer ihm ergebenen Regierung. Um zu verhindern, daß der Erfolg dieses Vorgehens durch die spätere Einfuhr billiger Auslandswaren wieder wettgemacht würde, umgibt die Bürgerblockregierung in Gemeinschaft mit dem Ausbeutertum Deutschland mit Schutzzollmauern. Daß die Gewerkschaften überall gegen jede Lohnverschlechterung Abwehrkämpfe führen müssen, ist unzweifelhaft. Aber daß sie gegen diesen Ausbeuterangriff, der eine Generaloffensive von geeintem Unternehmertum und Regierung darstellt, nur dann große Erfolge erzielen können, wenn sie als **Massenorganisationen einen Massenkampf führen,** im Sinne unserer oben dargestellten Taktik, ist ebenso leicht einzusehen.

Während des Krieges und der Inflation haben sich die deutschen Kapitalisten mehr mit Spekulation befaßt, als mit der Verbesserung des Produktionsapparates. Kein Wunder, daß sie heute ihre Waren teurer herstellen als die fortgeschrittenen Länder, und daß sie in der Konkurrenz am Weltmarkt mit ihnen unterliegen. Auch hiergegen versuchen sie sich durch Abbau der Reallöhne und durch Zollschutzmauern zu schützen, indem sie durch Schröpfung der inländischen Verbraucher sich zu entschädigen versuchen für die Mindergewinne im Ausland. Außerdem glauben sie durch Verlängerung der Arbeitszeit auf Kosten der Arbeiter die Herstellungspreise zu senken. In der ersten Hälfte des Jahres 1924 führten die Unternehmer einen erfolgreichen Angriff auf den Achtstundentag durch. Eine Wiederholung dürfte bald zu erwarten sein. Je mehr die Verbände und die verschiedenen Bezirke in der Abwehr dieser reaktionären Bestrebungen zusammenarbeiten, desto mehr Aussicht besteht für den Erfolg der Arbeiterklasse.

Mit einer bisher ungewohnten Geschwindigkeit vollzieht sich nach Beendigung der Inflation die „Konzentration des Kapitals", die Zusammenfassung der großen Betriebe zu Syndikaten, Kartellen und Konzernen. Viel mehr als in der Vorkriegszeit benutzen diese Organe ihren Zusammenschluß zu einer Verstärkung ihres Druckes gegen die Arbeiterklasse, indem sie sich bei Kämpfen in einem Einzelbetrieb gegenseitig durch Kredite, Streikarbeit usw. helfen. Diese Erschwerung können die Gewerkschaften nur ausgleichen, indem sie die Bewegung auf alle in Betracht kommenden Werke ausdehnen, so daß die gegenseitige Hilfe der Unternehmer unmöglich wird.

Die Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht. Ihre Kampfmöglichkeiten haben sich in vielfach höherem Maße verstärkt. Dadurch, daß die reformistischen Gewerkschaftsleitungen diese Möglichkeiten nicht ausnützen können, noch wollen, sind sie die stärkste Stütze des Ausbeutertums geworden. Wenn es uns gelingt, die großen Massen der Gewerkschaftsmitglieder durch die oben aufgezeigten Zusammenhänge an Hand ihrer eigenen bitteren Erfahrungen von der Richtigkeit unserer Gewerkschaftstaktik zu überzeugen, werden sie die Schädlichkeit der reformistischen Einstellung erkennen, das Vertrauen zu unserer Führung gewinnen und unseren Fahnen folgen.

„Wir klagen an!"

Was fordern die Arbeiter vom 12. Gewerkschaftskongreß?

Diese kleine Broschüre ist eine Anklageschrift und eine Abrechnung zugleich. Die Führer des ADGB. hatten vom 11. Gewerkschaftskongreß bestimmte Aufträge erhalten, für die sie verpflichtet waren, einzutreten, für deren Durchsetzung sie das Gewicht der Organisation in die Wagschale werfen sollten.

Der Leipziger Gewerkschaftskongreß fand im Juni 1922 statt, zu einer Zeit, wo die Arbeiterschaft sich in äußerster Erregung befand. Am Gewerkschaftskongreß haben damals 110 Kommunisten teilgenommen. Unter dem Druck dieser kommunistischen Opposition mußten sich die Führer des ADGB. bereit erklären, die gewerkschaftlichen Organisationen wieder in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen.

Die Broschüre schildert nun, wie die ADGB.-Führer trotz heiliger Verpflichtung, gerade das Gegenteil getan haben. Im zweiten Teil der Broschüre wird kurz gezeigt, was von den Führern des ADGB. in den letzten drei Jahren seit Leipzig getan worden ist: Die Haltung des ADGB. zum Ruhrabenteuer, zum Ruhrhilfsfonds, zur Inflation, die Mitwirkung beim Zustandekommen des Belagerungszustandes und des zweiten Ermächtigungsgesetzes, die widerstandslose Preisgabe des Achtstundentages, die Lohnpreisungen der Gewerkschaftsbureaukratie für den Dawespakt, der sich schon jetzt unheilvoll für die Arbeiterschaft auswirkt. Alle diese Dinge werden in dieser Schrift in lebendigster Weise geschildert und zum Schluß gezeigt, was die deutsche Arbeiterschaft von den Führern des ADGB. fordern muß, was die deutsche Arbeiterschaft von dem Kongreß in Breslau erwartet.

Diese Broschüre muß in allen Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen verbreitet werden. Das gute, wirkungsvolle Titelbild wird den Vertrieb bedeutend erleichtern. Preis der Broschüre 25 Pfennige. Verlegt durch: „Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten". Zu beziehen durch Berlin SW. 61, Planufer 17.

Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Dresden, fand am Donnerstag, den 30. Juli, im Dresdner Volkshaus statt. Kollege Föller gab den Tätigkeits- und Kassenbericht vom 2. Vierteljahr 1925.

Er führte an, daß in der Berichtszeit die **Hauptstärke in der Organisierung, der Agitation und Kleinarbeit bestanden hat.** In einer großen Anzahl Betriebe, mit denen die Fühlung verloren gegangen war, wurden Vertrauensleute gewonnen.

Mit den Vertrauensleuten von rund 150 Betrieben wurden Sitzungen abgehalten.

Um eine Uebersicht über die Ausbreitung und Organisationsverhältnisse der Metallindustrie zu gewinnen, wurden Fragebogen hinausgegeben. Aus den bereits wieder eingegangenen ist zu ersehen, daß es neben einer großen Anzahl sehr gut organisierten Betrieben noch viel Betriebe gibt, in welchen das Organisationsverhältnis sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Die in der Metallindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge sollen in einer besonderen Jugendabteilung besser erfaßt werden. Für eine große Anzahl Betriebe sind bereits jugendliche Vertrauensleute gewonnen worden. Besondere Veranstaltungen für die Jugendlichen sind geplant.

Die Mitgliederbewegung ist als verhältnismäßig günstig zu bezeichnen. Einer Mitgliederzahl von 25 223 am 1. Januar 1925 stehen 27 851 am 1. Juli gegenüber und ist diese Zahl im Juli bereits auf 28 688 gestiegen, was seit 1. Januar 1925 eine Zunahme von 3455 bedeutet.

In 208 Fällen wurden Verbandsmitglieder vor dem Gewerbegericht vertreten. 5381 Mark mußten die verklagten Arbeitgeber in den gewonnenen Fällen an die Arbeiter bezahlen.

Posten- und -ausgänge betrugen 23 827. Die Zahl der abgehaltenen Sitzungen und Versammlungen betrugen 432.

Lohnbewegungen wurden geführt für Heizungsmonteure, Bauklempner, Bauschlosser, Elektromonteure, Zigarettenmaschinenführer, Goldschläger, Schmiede, Orthopädiemechaniker und für die Gesamtmetallindustrie. Die Lohnbewegungen brachten in allen Fällen eine Lohnerhöhung, wenn auch nicht immer ein genügende.

Zum Schluß seines Berichtes hob Kollege Föller nochmals besonders die Notwendigkeit hervor, durch ständige Agitation die Macht der Organisation zu stärken um so erfolgreicher die unumwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchführen zu können.

Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß für die Hauptkasse rund 190 000 Mark, und für die Lokalkasse 80 000 Mark vereinnahmt wurden. Die Ausgaben der Hauptkasse betrugen rund 90 000 Mark, und die der Lokalkasse rund 56 000 Mark.

Nach einer kurzen Aussprache über den Bericht und nach einigen Mitteilungen wurde die Generalversammlung nach 1½stündiger Dauer geschlossen.

Wie die Zölle die Lebensmittel verteuern

150 Mark jährliche Mehraufwendung allein für Eiweiß

Lebensmittel	Verbrauch der Familie in 4 Wochen	Preise der Zahlen im Mai 1923 in Berlin	Jährliche Mehrbelastung durch die Zölle
Roggenbrot	40	16,00	28,20
Weißbrot	5	3,40	4,00
Weizenmehl	4	2,08	4,09
Graupen	1,833	0,95	0,91
Weizengrieß	1,833	1,10	2,63
Haferflocken	1,833	0,95	1,58
Vollreis	1,833	1,25	0,95
Erbsen	1,833	0,99	0,95
Bohnen	1,833	1,10	0,95
Kartoffeln	50	5,23	7,05
Gemüse (Kohl)	15	4,50	7,80
Rindfleisch	3,5	7,88	20,50
Schweinefleisch	1,5	2,70	8,80
Hammelfleisch	1	2,00	5,85
Speck	0,5	1,48	2,34
Leberwurst	2	4,80	11,70
Butter	2	7,90	7,80
Margarine	2	3,10	7,80
Schweineschmalz	2,25	4,05	3,65
Käse	1,75	3,13	6,63
Salzheringe	1,5	1,07	0,61
Zucker	3,5	2,31	4,55
Eier (Stück)	28	3,36	1,32
Vollmilch (Liter)	35	9,45	6,82
Kaffee-Ersatz	1,25	0,65	1,68
Insgesamt	—	91,44	149,91

Vorstehende Tabelle enthält die **allernotwendigste Nahrung** für eine fünfköpfige Familie, die ihren jährlichen Tribut zugunsten der Großagrarier allein **mit 150 Mark** anlegen muß.

Nicht berücksichtigt in dieser Tabelle sind die Mehraufwendungen der ebenfalls durch Zölle verteuerten notwendigsten Bedarfsartikel, wie Kleidung, Hausgerät usw. Auch ist noch nicht einbezogen die Erhöhung der Steuern, der Sozialabgaben und der Mieten!

Die Teuerungsschraube wird mit dem Zustandekommen der Zollpläne gehörig anziehen.

Ein jeder Unbemittelte muß sich beizeiten zur Wehr setzen und sich einreihen in die Front des Klassenkampfes.

Verlag: „Arbeiterstimme" Dresden. — Druck: „Peuvag" Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Autorisierte Übersetzung aus dem vom Autor neubearbeiteten amerikanischen Manuskript von Hermynia zur Mühlen. Copyright by „Der Malik-Verlag" 1924. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung, vorbehalten

(53. Fortsetzung)

Derart plauderte der junge Herr weiter, inzwischen aber zitterte Jurgis vor Aufregung. Er könnte nach den Banknoten greifen, in der Dunkelheit verschwinden, ehe der Andere zur Besinnung kam. Soll er es tun? Es würde sich ihm nie eine günstigere Gelegenheit bieten. Zwar hatte Jurgis in seinem ganzen Leben noch kein Verbrechen begangen; er zögerte einen Augenblick zu lange; schon hatte Freddie eine Banknote herausgezogen und die anderen in die Tasche zurückgesteckt. „Hier, mein Alter, nehmen Sie." Er reichte Jurgis die Banknote, und dieser sah im Schein eines hellerleuchteten Kneipenfensters, daß es hundert Dollars waren. „Nehmen Sie, und bezahlen Sie den Wagen ... Behalten Sie den Rest ... Ich verstehe mich nicht auf Geschäfte. Hallo! He! Rufen Sie doch!"

Eine Droschke fuhr vorüber, Jurgis rief, und der Wagen hielt an. Freddie kletterte mit einigen Schwierigkeiten hinein, und Jurgis wollte ihm folgen, doch rief der Kutscher: „He, fort mit Ihnen." Jurgis zögerte, schickte sich fast an, zu gehorchen, aber sein Gefährte schrie: „Was ist das? Was soll das heißen?" Der Kutscher gab nach, und Jurgis stieg ein. Freddie lallte die Adresse, schmiegte sich dann an Jurgis und schlief an ihn gelehnt ein. Jurgis saß bebend da, überlegte, ob er nicht dennoch zu den Banknoten gelangen könnte. Doch wagte er nicht, die Taschen seines Gefährten zu durchstöbern, außerdem war es möglich, daß ihn der Kutscher beobachtete. Er wird sich eben mit den hundert Dollars zufrieden geben müssen.

* * *

Nach etwa einer halben Stunde hielt der Wagen. Sie befanden sich am Ufer; über den eisgebundenen See wehte ein kalter Wind. Herr Freddie fuhr aus dem Schlaf. „Was ist los? Wer sind Sie denn? Ach so, ich hatte ganz auf Sie vergessen, alter Freund ... Wir sind daheim, aha ..."

Vor ihnen ragte eine ungeheure Granitmasse auf, die einen ganzen Block einnahm. Im Schimmer der Wagenlaternen erblickte Jurgis Türme und gewaltige Giebel. Er glaubte zuerst, der junge Herr habe sich geirrt, — begriff nicht, daß Menschen ein Heim haben können, das einem Hotel oder einem Rathaus gleicht. Doch folgte er Freddie, und sie schritten Arm in Arm die Treppen hinauf und läuteten. Ein blaulivrierter Mann öffnete die Tür, stand stumm, reglos wie eine Statue, da. Freddie zog Jurgis ins Haus, der blaue Automat schloß hinter ihnen die Tür. Jurgis' Herz klopfte heftig; Aladdin konnte beim Betreten der Höhle keine größere Aufregung empfunden haben. Er befand sich in einer ungeheuren Halle, schlanke Säulen verschwammen nach oben zu im Dunkel, an dem einen Ende befand sich eine breite Treppe. Der Fußboden war aus gefärbtem Marmor, glatt wie Glas, an den Wänden gab es herrliche Bilder und schwere Draperien. Der livrierte Mann war ihnen gefolgt, half Freddie den Ueberrock ausziehen. Inzwischen erschien ein zweiter behäbiger großer Mann, feierlich und würdig wie ein Henker. Er ging geradewegs auf Jurgis zu, packte ihn beim Arm und zerrte ihn in der Richtung der Tür. Doch tönte da Herrn Freddies Stimme auf: „Hamilton, mein Freund bleibt hier!"

Der Mann ließ Jurgis los. „Kommen Sie, mein Alter", sprach Freddie. Und Jurgis näherte sich ihm. „Herr Freddie!" rief der würdevolle Mann.

„Lassen Sie den Wagen bezahlen", antwortete Freddie und schlang seinen Arm in den Jurgis'. Dieser wollte eben sagen: „Ich habe ja das Geld für den Wagen", doch schluckte er die Worte hinunter. Der livrierte Mann ging auf einen Wink des anderen Dieners hinaus, um den Wagen zu bezahlen, Jurgis und Freddie blieben vor einer großen Tür stehen. „Hamilton, öffnen!" gebot Freddie.

Der Diener schob die Türen auseinander, vor ihnen lag Dunkelheit. „Licht!" befahl Freddie. Der Diener drückte auf einen Knopf und eine Lichtflut stürzte in den Raum, blendete Jurgis' Augen. Allmählich erst vermochte er den großen Saal zu sehen, die Kuppeldecke, von der aus das Licht strömte, die bemalten Wände — Nymphen und Dryaden, die in einem Hain tanzen, Diana und Rosse durch einen Bergstrom rasend, Mädchen in einem Teich badend — alles lebensgroß und so getreu, daß Jurgis glaubte, er befinde sich in einem Zauberschloß. Dann fiel sein Blick auf den schwarzen Ebenholztisch, der inmitten des Raumes stand; auf dem Tisch war ein großes goldenes Gefäß, aus dem purpurne Orchideen leuchtend hervorhingen, verschleiert von zarten Farren. „Dies ist das Speisezimmer", bemerkte Freddie. „Gefällt es Ihnen?" Er bestand stets darauf, eine Antwort zu erhalten, beugte sich lächelnd Jurgis zu. Jurgis erklärte, es gefalle ihm. „Vielleicht haben Sie noch nie so etwas gesehen, mein Alter? fragte Freddie von einem plötzlichen Gedanken erfaßt.

„Nein."

„Sie kommen wohl vom Land? Viele Leute, die vom Land kommen, haben noch nie so etwas gesehen. Mein Vater führt sie hier herum, zeigt alles umsonst. Und dann gehen sie heim und erzählen davon. Das Haus des alten Jones des Fabrikanten, des Beeftrust-Mannes. Hat all dies aus Schweinen gemacht, der verdammte alte Gauner ... Haben Sie schon von Jones, dem Fabrikanten, gehört?"

Jurgis war unwillkürlich zusammengefahren. Freddie, dessen scharfen Augen nichts zu entgehen schien, bemerkte es: „Was ist los? Haben Sie von ihm gehört?"

Jurgis stammelte: „Ich habe in den Schlachthöfen für ihn gearbeitet."

„Sie! brüllte Freddie. „In den Schlachthöfen! Das ist köstlich! Haha! Geben Sie mir darauf die Hand, mein Alter. Mein Vater sollte hier sein, würde sich freuen, Sie zu sehen ... Er steht sehr gut mit seinen Arbeitern ... Proletariat und Kapital, Gemeinsamkeit der Interessen usw. Es geschehen doch komische Dinge! Wie heißen Sie, mein Freund?"

„Rudkus, Jurgis Rudkus."

„Das ist mein Freund Herr Rotnos, Hamilton, geben Sie ihm die Hand.

Der würdige Diener verbeugte sich ohne ein Wort. Plötzlich wies Freddie mit dem Finger auf ihn. „Ich weiß, was Ihnen fehlt, Hamilton. Sie glauben, ich sei betrunken."

Der Diener nickte. „Ja, Herr." Freddie fiel Jurgis um den Hals und schüttelte sich vor Lachen. „Hamilton, Sie verdammter alter Gauner! Ich werde Sie wegen Frechheit verklagen. Haha! Ich soll betrunken sein!"

(Fortsetzung folgt)

Arbeitersport

Was lehrt den klassenbewußten Arbeitersportler die 1. Internationale Arbeiter-Olympiade?

Vorüber gerauscht sind die Tage von Frankfurt a. M. Wohl allen, denen es vergönnt war, dieses große Fest mitzuerleben, werden sie in dauernder Erinnerung bleiben. In geradezu überwältigender Form hat die Arbeiter-Olympiade die Idee der Masse demonstriert. Als am Festsonntag abend das Festspiel „Kampf um die Erde" beendet war, da ging die Erkenntnis der Bedeutung dieses Festes in all den Hunderttausenden auf. Jeder Einzelne begriff, daß er nur in Gemeinschaft mit der Masse der Unterdrückten Meister seines Schicksals werden kann. Wenn dieses gewaltige Erleben der Arbeiterschaft für den Klassenkampf des Proletariats nichts anderes gebracht hätte, als die Erkenntnis und den durch nichts beirrbaren Willen zur Gemeinsamkeit, dann wäre es wahrlich nicht vergeblich gewesen. Die Bemühungen unserer Klassengegner laufen ja darauf hinaus, die Massen von dem Begreifen ihrer eigenen Idee abzubringen, die Bourgeoisie fürchtet das Proletariat nur, wenn es einig ist.

Leider muß festgestellt werden, daß es, im Gegensatz zu breiten Teilen der Mitgliedschaft, den Führern der Luzerner Sportinternationale nicht ernst ist mit der Herstellung der Einheitsfront des sporttreibenden Proletariats. „Wir warnen, in Frankfurt einen Roten Frontladen aufzumachen," schrieb die Arbeiter-Turnzeitung kurz vor dem Fest. Nun, ein „roter Frontladen" ist dank der Vorsorge des Festausschusses nicht aufgemacht worden, dafür aber ein, wenigstens nach außen hin, um so größeres Schwarz-rot-Geschäft. In ganz Frankfurt nur vereinzelt eine rote Fahne, selbst auf dem Festplatz die wenigen vorhandenen roten Fahnen noch mit schwarz-rot-goldenen Querstreifen verunziert. Trotz einstimmigem Beschluß der Kreisvertreterkonferenz, des A.T.-Sp.-B., welcher ein korporatives Zusammenarbeiten mit dem „Reichsbanner" verbietet, lag der gesamte Ordnungsdienst in den Händen des „Reichsbanners" und der Schupo. Daß die große Masse der Arbeitersportler, speziell die Turner des 4. und 1. Kreises, mit dieser Aufmachung nicht einverstanden waren, dürfte wohl zur Genüge der demonstrativ unter roten Fahnen durchgeführte Festzug, sowie die große Menge Proteste bewiesen haben.

Daß es zu größeren Ausschreitungen und Protestaktionen nicht gekommen ist, haben die Luzerner Sportreformisten nur der straffen Disziplin und dem Entschluß des revolutionären Teils der Sportler, das Fest nach außen hin geschlossen zur Durchführung zu bringen, zu verdanken.

Wie gut man in den Kreisen um Bridoux, Déflieger, Wildung, Gellert usw. von der empörten Stimmung in den Mitgliedschaften unterrichtet war, zeigt die am Sonnabend unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehaltene „akademische" Feier der Delegierten. Man wollte „unter sich" sein. Die „Proleten" konnte man nicht gebrauchen, so manche bittere Wahrheit hätte man dann zu hören bekommen.

Mit um so freudigerem Herzen sind wohl die Luzerner Sportbureaukraten der Einladung des Frankfurter Magistrats zu einer Begrüßungsfeier am Montag in den „Römer" gefolgt. Hier konnte man bei gutem Wein und einer reichbesetzten Tafel mit den bürgerlichen Stadtvätern usw. „fraternisieren"! Nicht nur die Teilnahme an dieser Feier, auch die dort gehaltenen Reden zeigen klar und deutlich die bürgerlich-ideologische Einstellung der Luzerner Reformisten.

Während die sozialdemokratische Führerschaft der Luzerner Internationale für derartigen bürgerlichen Klimbim jederzeit zu haben ist, hat man unseres Wissens bis zum heutigen Tage noch keine Zeit gefunden, mit der aus Moskau erschienenen Delegation der Roten Sportinternationale zu verhandeln. Wie in so vielen früheren Fällen, versuchen hier die reformistischen Führer der LSI. diese gemeinsame Konferenz, und damit die Errichtung der Einheitsfront der Arbeitersportler, zu sabotieren.

Wer da denkt, daß die Einheit der internationalen Arbeitersportbewegung nur durch den guten Willen der Führer geschaffen wird, leidet an Illusionen. Nur durch die aktivste Anteilnahme und Willensbezeugung der Arbeiterturner und -Sportler im ganzen ist die Verwirklichung der Einheit möglich. Die Mitglieder der Luzerner Internationale müssen so wie schon bisher durch offene Willenskundgebungen bezeugen, daß sie den Kampf für die Schaffung einer einheitlichen Sportinternationale weiter unterstützen werden.

Zehntausende Arbeitersportler fanden sich in Frankfurt zusammen, zu einer Zeit, wo die internationale Bourgeoisie ihre Kampfoffensive gegen die Arbeiterklasse durchführt, trotz technische Vervollkommnung der Produktionsmittel den Arbeitstag verlängert, die Ausbeutung steigert, den Reallohn drückt und dadurch die Lebenshaltung der werktätigen Massen ständig herabdrückt.

In den Tagen, wo die Arbeitersportler sich in Frankfurt zur Olympiade zusammenfanden, führte sich der Ausbruch des imperialistischen Weltkrieges, der viele Millionen unserer Klassenbrüder als Todesopfer forderte, Millionen zu Krüppeln schlug, Abermillionen proletarischen Frauen ihre Ernährer raubte und unendlich mehr Waisen, deren Versorgung von den kapitalistischen Regierungen nicht sichergestellt ist, hinterließ.

Noch ist kein Frieden auf Erden.

Der Krieg 1914/18 wurde abgelöst von den Interventionskriegen 22 kapitalistischer Länder gegen Sowjetrußland, von dem griechisch-türkischen Krieg, von unzähligen Raubzügen gegen die unterdrückten Kolonialvölker und endlich von dem englisch-japanischen Vorstoß gegen China und dem Krieg der spanischen und französischen Imperialisten gegen Marokko.

Der Kampf der Imperialisten gilt nicht nur den unterdrückten Kolonialvölkern, er gilt auch Sowjetrußland, dem stärksten Bollwerk der internationalen Arbeiterklasse.

Sowjetrußland soll durch den Ring der Antisowjetfront erdrosselt werden, um die Arbeiterklasse in allen Ländern, wie in Horthy-Ungarn, in Zankoff-Bulgarien, in Mussolinis Italien blutig niederzuschlagen, um die Ausbeutung durch eine Klique von Kapitalshyänen zu verewigen.

Die Parole **„Nie wieder Krieg"** ist durch die Politik der kapitalistischen Großmächte **zu einer elenden, heuchlerischen Phrase geworden.** Will die Arbeiterklasse den Kampf gegen neue imperialistische Kriege erfolgreich durchführen, dann muß die rote Klassenfront geschlossen und ein rücksichtsloser Klassenkampf gegen die Ausbeuter, gegen die Kriegshetzer und ihre Lakaien geführt werden.

Krieg dem Kriege!

das muß die Losung des Weltproletariats und der gesamten Arbeitersportler werden.

Krieg dem Kriege, das heißt Kampf dem mörderischen Kapitalismus, das heißt Kampf gegen die kriegführenden Regierungen, das heißt Massenmobilisation der Arbeiterklasse bis zum Aufstand, bis zur Niederwerfung der Bourgeoisie und Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse.

Krieg dem Kriege, das heißt aber auch Kampf den Helfershelfern der Bourgeoisie, das heißt Kampf den Kriegskreditbewilligern der Sozialdemokratie.

Ein erfolgreicher Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie erfordert die **Einheit der Arbeiterklasse, erfordert die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und nicht zuletzt die Einheitsfront der Arbeitersportler aller Länder einschließlich der russischen Arbeitersportler.**

Die russischen Arbeitersportler durften nach dem Willen der Führer der Luzerner Sportinternationale nicht an der Olympiade teilnehmen. Die tausendfältigen Proteste aus den Reihen der Arbeitersportorganisationen und großer Sektionen der Luzerner Sportinternationale fanden bei der sozialdemokratischen Führerschaft der LSI. taube Ohren. Es liegt an den Arbeitersportlern in Deutschland und den übrigen Ländern, die Einheitsfront mit den russischen Sportlern herzustellen. Deshalb muß ein jeder Arbeitersportler im Interesse eines ernsthaften Kampfes gegen die Bourgeoisie Mahner und Rufer für die Einheitsfront der Arbeitersportler sein.

Es lebe die Einheitsfront der Arbeitersportler aller Länder!

Es lebe der Kampf gegen neue imperialistische Kriege!

Dresden und Umgebung

KPD. Sportfraktion. Mittwoch den 5. August, abends 7.30 Uhr wichtige Sitzung im Sekretariat, Jakobsgasse. Erscheinen aller Vertreter ist Pflicht.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Turnspiele: 2. Bezirk, 1. Gruppe. Raffball: Löbtau 1.—Friedrichstadt 2. 4:4. Flottes, hartes Spiel. Friedrichstadt kann das Resultat nur durch 3 Acht-Meter-Bälle auf unentschieden stellen, trotzdem der Linksaußen der Städte-Raffballmannschaft mitwirkte. — Pieschen 1.—Niederhäslich 1. 3:1. Nach Halbzeit durch Verschulden Niederhäslichs abgebrochen. — Oberhermsdorf 1.—Fortschritt 1. 9:5; Gittersee 2.—Löbtau 2. 1:0; Pieschen 2.—Wilschdorf 1. 12:7; Friedrichstadt 2.—Gärnewitz 1. 16:2; Niederhäslich 1.—Tharandt 1. 5:4, wegen starken Regen abgebrochen; Niederhäslich 2.—Tharandt 2. 13:2. **Spielerinnen:** Löbtau 1.—Fortschritt 1. 2:1; Pieschen 1.—Coschütz 1. 4:0. **Jugend:** Striesen 1.—Loschwitz 1. 12:3; **Friedrichstadt 1.—1885 1. 4:3;** Friedrichstadt 2.—Neustadt 2. 3:3; Leuben 1.—Friedrichstadt 2. 5:0; Niederhäslich 1.—Tharandt 1. 2:1. **Schlagball:** Striesen 1. Jugend—Radeberg 1. Jugend 91:43. **Handball:** Friedrichstadt 1.—Großröhrsdorf 1. 10:0.

Arbeiter-Radfahrer-Bund. Bericht vom Straßenrennen am 2. August 1925: Strecke Feldschlößchen (Reichenberg)—Großenhain—Auer und zurück. Start 7.30 Uhr Feldschlößchen, 50 Kilometer. Es starteten 8 Fahrer, davon gingen 6 Fahrer durchs Ziel, 2 Fahrer haben aufgegeben. 1. Helas, Kl.-Wolmsdorf, 21 Jahre, 1 Std. 45 Min. 55 Sek.; 2. Maiborn, Wilsdruff, 18 Jahre, 1 Std. 46 Min. 14 Sek.; 3. Sperrhaken, Reichenberg, 20 Jahre, 1 Std. 55 Min. 10 Sek.; 4. Dillus, Neustadt, 21 Jahre, 2 Std. 13 Min. 15 Sek.; 5. Pinkert, Neustadt, 27 Jahre, 2 Std. 16 Min. 17 Sek.; 6. Beßner, Turner von Striesen, 23 Jahre, 2 Std. 18 Min. 22 Sek.; 7. Mohaupt, Striesen, 24 Jahre, aufgegeben; 8. Pickel, Löbtau, 21 Jahre, aufgegeben. Weiter war schön, Streckenbesetzung und Sanitäter zahlreich zur Stelle. Nächste Rennfahrer-Versammlung 7. August, 7.30 Uhr, „Frisch-auf-Schänke". Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht! Gäste sind herzlichst willkommen!

Fußballsport vom Sonntag. Sturm 2.—Pirna 2. 1:3; Sturm 1. Jugend—Potschappel 1. Jugend 2:1.

Freital und Umgebung

Arbeiter-Turn- und Sportbund im Bezirk Plauenscher Grund. Werte Genossinnen und Genossen! Infolge der letzten Vorkommnisse innerhalb des Bezirks, betreffend das Bezirksfest Rote Frontkämpfer und die Angriffe in der Arbeiterpresse, sowie die Delegation zur Olympiade und noch verschiedene andere wichtige Punkte, macht es sich notwendig, daß wir in einem größeren Zirkel dazu Stellung nehmen. Ich berufe deshalb für Sonntag, den 9. August, früh 7 Uhr, in Gebauers Restaurant „Stadt Freital" einen außerordentlichen Bezirkstag ein. **Auf 100 Mitglieder 1 Delegierten.** Bruchteile zählen voll. Genossinnen und Genossen! Es ist das erstemal, daß wir innerhalb des Jahres zu einem außerordentlichen Bezirkstag greifen müssen. Die Ereignisse der letzten Zeit drängen dazu, ich bitte euch, erscheint pünktlich und jeder Verein. Am gleichen Tage findet auch das Fest der Werktätigen in Freital statt. Genossinnen und Genossen! Das Fest muß eine wuchtige Demonstration für die Arbeiterbewegung werden. Ich erwarte, daß die Vereine vollzählig antreten. Geturnt werden die Olympiade-Freiübungen. Mit Frei Heil euer Bezirksvertreter

Richard Kle.

Pirna und Umgebung

Arbeiter-Sport- und Bildungskartell Pirna u. Umg. Mittwoch, 5. August, abends 8 Uhr Volkshaus Pirna wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kulturwoche, 2. Verschiedenes. Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht.

Freie Turn-, Sport- und Spielvereinigung Pirna. Dienstag, 4. August, Turn-Spielerversammlung bei Zäpelt. Tagesordnung: Eingegangener Bericht der Spielleiter-Sitzung, Aufstellung der Mannschaften, Verschiedenes.

Versammlungskalender

UB. Dresden

Oppositionelle Gewerkschafter von Radeberg. Mittwoch den 12. August in Radeberg, Zucholds Restaurant, abends 7.30 Uhr wichtige Versammlung. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter — was tut der ADGB.? Rotes Kartell Radeberg.

KPD. Kötzschenbroda. Sonnabend, 8. August, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Bürgergarten". Bericht vom Reichsparteitag. Alle Genossen und Genossinnen sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Zellengruppe 4 Neustadt-Ost. Mittwoch den 5. August, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Goldbrunnen", Bischofsweg, Ecke Görlitzer Straße: Außerordentliche Gruppenversammlung. Referent: „Die Entwicklung der Kommune und deren Niederlage".

Zellengruppe 5 und 6 Cotta. Dienstag, den 4. August äußerst wichtige Funktionärsitzung. Punkt 8 Uhr im Lübecker Hof.

UB. Freital

KPD. Ortsgruppe Freital. Dienstag, den 4. August, abends 8 Uhr im Restaurant Gebauer wichtige Ortsgruppenfunktionärsitzung. Alle Mitglieder der Ortsgruppenverwaltung haben daran teilzunehmen.

UB. Meißen

KPD. Meißen. Am 5. August findet im Gewerkschaftshaus eine Funktionärversammlung statt; am 8. August im Gewerkschaftshaus Leninkursus.

Dresden und Umgebung

KPD. Leitung Ostsachsen. Die ausgegebenen Stimmlisten sind nur von den Ortsgruppen abzuliefern. Die endgültige Abrechnung hat nunmehr bis zum 10. August zu erfolgen.

KPD. Groß-Dresden. Mittwoch den 5. August, 7.30 Uhr Funktionärversammlung im Restaur. „Glasewaldthof", Striesen, Glasewaldt-, Ecke Wittenberger Straße. Alle haben pünktlich zu erscheinen.

Freital und Umgebung

KPD. Höckendorf. Dienstag, 4. August, abends 7.30 Uhr findet im Gasthof Obercunnersdorf Mitgliederversammlung statt.

Mieter von Hainsberg u. Umgegend. Freitag, 7. August, abends 8 Uhr im Restaurant „Eisekeller", Hainsberg, Öffentliche Mieterversammlung.

Theater am Wasaplatz

Wegen Umbau bis auf weiteres

geschlossen!

Tymians Täglich 8 Uhr

Das einzige wirkliche **Thalia-Theater**

Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Metropol-Theater

Löbau

Dienstag bis Donnerstag

Die einsame Insel

Ergreifendes Liebesdrama

mit Beiprogramm

Die Direktion

CENTRAL-THEATER, Bautzen, Neugraben 9

Beginn: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr

Ab 3. August:

Varieté Bühnenschau

Fred Kaisers Burlesken

Wer andern eine Grube gräbt

(Der kranke Mann)

Posse in 2 Akten von Alois Höale

Personen:

Weigl, Rentier . . . . . Fred Kaiser
dessen Frau . . . . . Herr Müller Mylanko
Frank . . . . . Herr Leo Bary
Ida, dessen Frau . . . . . Fr. Riemann
Johann, Anna } Dienstboten bei Frank { Herr Engel, Aga Goosmann

Filmprogramm:

Um Weib und Kind

Ein Abenteuer auf der Südsee in 5 Akten

Die geheimnisvolle Goldinsel

Abenteuerfilm in 5 Akten

PALAST-THEATER, Bautzen, Kaiserstraße

Beginn Wochentags 5.3 Uhr, Sonntags 4 Uhr

Nur bis Donnerstag!

Der große Baby-Peggy-Film

Das Lächeln eines Kindes

Sechs Akte von Lust und Leid eines Kinderherzens

Brownie geht zur See

Groteske in 2 Akten

Quernie hat Jagdfieber

Groteske in 2 Akten

Achtung! Mieter von Freital Achtung!

Mittwoch, den 5. August 1925 abends 8 Uhr im „Döhlener Hof", Freital

öffentliche Mieterversammlung

Referent: Lehrer Bürtler, Zwickau
Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen

Mieter erscheint in Massen!

Genosse

sucht größeres leeres Zimmer für sofort oder 1. September bis. Offerten unter H. K. an die Exped. ds. Bl.

Fahrräder

Mifa u. Haenel
National u. Cito
und Spezialmarken
Günstige Zahlungsbedingungen
WOLF, Pirnaer Str. 80

PEUVAG

Lager
Erzeugungs- und Verwertungs-AG
Niederlassung
DRESDEN-A.
Güterbahnhofstraße 2

Herstellung sämtlicher Vereins-, Geschäfts-, Propaganda-Drucksachen in modernster u. sauberster Ausführung

Bierhandlung
Kurt Noack
PIRNA
Dohnaischer Platz 3

Der Weg lohnt!

Schlosseranzüge blau . . . . . von Mk. 6.50 an
Männerhemden gestreift, Cöper . . . von Mk. 2.80 an
Cöperbarchent sehr schöne Ware . . . von Mk. 1.95 an
Frottierhandtücher schöne Zwirnware . von Mk. 1.50 an
Bettzeuge bunt, gute Laus. Ware, 1 Ber., 2 K. von Mk. 10.50 an
Normalwäsche u. Einsatzhemden sehr preiswert
Strickwolle, Prima . . . . . 1 Docke Mk. 1.00
Damenstrümpfe . . . . . Paar von Mk. 1.15 an
Männersocken . . . . . Paar von Mk. 1.20 an
Kleider-Cheviot, Prima, 130 cm breit nur . . . Mk. 4.50

sämtliche in das Fach einschlagende Artikel sowie Kleinartikel zu billigsten Preisen. — Teilzahlung jederzeit gern gestattet. — Kein Laden

Börnerts Schnitt-, Weiß- und Wollwarenhandlung nur Turnerstraße 7

FREITAL-POTSCHAPPEL

Wer sein Wissen über die wirtschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands erweitern will, muß lesen:

A. Bychanowski: Die Sozialversicherung in der Union d. S. S. R. 0.40
L. Kaplun: Der Arbeiterschutz in der Union d. S. S. R. 0.30
P. Lewrud: Das Genossenschaftswesen in der U. d. S. S. R. 0.90
M. Larabinow: Privatkapital u. Industrie in der U. d. S. S. R. 0.30

Buchhandlung Ostw. Groß. Dresden-A., Rähnitzgasse 34

Gritzner- und Köhler-Nähmaschinen:

die führenden Weltmarken
Über 4 Millionen im Gebrauch
Alles Zubehör für Nähmaschinen — Ersatzteile — Reparaturen aller Systeme
Auf Wunsch Zahlungserleichterung, bei Barzahlung Rabatt

Arthur Flohrisch, Wallstraße 23

Reparatur-Werkstatt